

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Gerhard Wettig

Die gegenwärtige
sowjetische Politik
der europäischen Sicherheit

Matthias Walden

Hans Dieter Jaene

Erfolg oder Mißerfolg?
Die Deutschland- und
Ostpolitik der
Bundesregierung

B 10/71
6. März 1971

Gerhard Wettig, Dr. phil., geboren 1934 in Gelnhausen/Hessen, Studium der Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft; wissenschaftlicher Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 bis 1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967; Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917. Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Band 12, Berlin 1967; Politik im Rampenlicht. Aktionsweisen moderner Außenpolitik, Fischer Bücherei 845, Frankfurt 1967; (zusammen mit Ernst Deuerlein, Alexander Fischer und Eberhard Menzel): Potsdam und die deutsche Frage, Köln 1970.

Hans Dieter Jaene, geb. 19. 9. 1924 in Nowawes (Kr. Teltow), 1942 Abitur, 1946 bis 1966 Volontär, Reporter, Redakteur, Ressortchef und schließlich stellv. Chefredakteur beim „Spiegel“. Seit 1966 freier Journalist in Berlin, Autor ost- und deutschlandpolitischer Fernsehsendungen und Zeitungsartikel. 1968 Bundesverdienstkreuz am Bande für „publizistische Tätigkeit, insbesondere über die Probleme der deutschen Teilung“. Zur Zeit stellv. Landesvorsitzender der FDP Berlin.

Buchveröffentlichung: Der Spiegel — Ein deutsches Nachrichtenmagazin, Frankfurt 1968.

Otto Freiherr von Sass (Pseudonym: Matthias Walden), geb. 16. 5. 1927 in Dresden, von 1946 bis 1950 Zeitungsredakteur in Dresden, von 1950 bis 1956 Kommentator beim RIAS, Berlin; seit 1956 stellvertretender Chefredakteur und seit 1964 Chefkomentator beim Sender Freies Berlin.

Autor von 36 Fernseh-Dokumentarfilmen, Rundfunk- und Fernsehkommentare, Kolumnist der Zeitungen „Die Welt“ und „Welt am Sonntag“. Jakob-Kaiser-Preis, Heinrich-Stahl-Preis, Bundesverdienstkreuz.

Buchveröffentlichungen:

Ostblind — Westblind, Berlin 1962; Politik im Visier, Stuttgart 1965.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die gegenwärtige sowjetische Politik der europäischen Sicherheit

Das Problem der europäischen Friedensordnung

Jahrhundertlang ist das Nachdenken über die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa von der Vorstellung des *europäischen Gleichgewichts* bestimmt gewesen. Der dabei zugrunde liegende Begriff des Gleichgewichts ist zwar vieldeutig und wird dementsprechend auf sehr verschiedene Weise verstanden¹⁾, doch lassen sich an dem alteuropäischen Staatensystem, das bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in wechselnden Formen bestanden hat, bestimmte charakteristische Merkmale aufweisen. Zum einen handelte es sich um ein polyzentrisches System. Eine Vielzahl erstrangiger Mächte existierte nebeneinander und besaß die Fähigkeit zur Koalitionsbildung nach allen Seiten hin. Das schloß die Möglichkeit der Entstehung permanenter Blöcke mit hierarchischen Strukturen aus und machte den Allianzwechsel zu einem entscheidenden Vehikel antizyklischer Machtverlagerung, wenn einer der großen Staaten sich durch einen enormen Zuwachs seiner Machtmittel über die anderen Länder erheben wollte. Zum zweiten besaß das System eine sehr weitreichende Anpassungsfähigkeit an machtpolitische Veränderungen unter den ihm zugehörigen Staaten. Große Machtzunahme einzelner Länder und erhebliche Machtabnahme anderer Länder brachten die Art der zwischenstaatlichen Zuordnung nicht in Gefahr, weil weder die Anzahl der systemtragenden Großmächte noch ihre konkrete Identität festgelegt war und daher ohne Schaden für das Ganze wechseln konnte. Solange als Minimum drei große Staaten vorhanden waren, deren stärkster durch die beiden übrigen an dem Aufbau einer Vorherrschaft gehindert werden konnte, blieben alle Umbrüche im einzelnen systemunschädlich.

Schließlich war es ein unerläßlicher Bestandteil des Systems, daß es keine scharfen, eine prinzipielle Feindschaft setzenden politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Trennungen gab. Demzufolge bestand zwischen den staatlichen Mitgliedern des Systems eher ein assoziatives als ein dissoziatives Empfinden. Nur unter dieser Voraussetzung war der freie Wechsel der Allianzbindungen, der unbedingt systemnotwendig war, praktisch zu realisieren. Das alteuropäische Staatensystem war freilich keine Friedensordnung nach den strengeren Maßstäben unserer Zeit, welche die Verhinde-

Matthias Walden

Hans Dieter Jaene

Erfolg oder Mißerfolg? Die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung S. 27

rung des Krieges als Lebensbedingung industrieller Gesellschaften erkannt hat. Der Krieg war damals systemmöglich und systemlegitimiert; unter Umständen bildete er sogar die einzige Möglichkeit zur Rettung oder Wiederherstellung des Systems²⁾.

Mit der Herausbildung eines permanenten bipolaren Allianzsystems (Mittelmächte und Entente) in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg hörte, von vielen Zeitgenossen unbemerkt, das traditionelle System des europäischen Gleichgewichts auf zu bestehen. Es entbehrte darum auch nicht der geschichtlichen Logik, wenn die sich daran anschließende kriegereiche Auseinandersetzung zu einer von den

¹⁾ Eine Untersuchung der möglichen Bedeutungen gibt Ernst B. Haas, *The Balance of Power: Prescription, Concept, or Propaganda*, in: James N. Rosenau, Hrsg., *International Politics and Foreign Policy*, New York—London 1961, S. 318—329. Haas unterscheidet in den Darlegungen europäischer Denker „Gleichgewicht“ im Sinne von Machtverteilung, Äquilibrium, Hegemonialstellung, Stabilität, Instabilität, Machtpolitik, historische Gesetzmäßigkeit und Norm des Handelns.

²⁾ So hat beispielsweise die französische Monarchie, die eineinhalb Jahrhunderte lang die später vom Deutschen Reich übernommene Rolle des Herausforderers in Europa spielte, wiederholt das europäische Staatensystem so sehr bedroht (unter Ludwig XIV.) oder angeschlagen (unter Napoleon I.), daß nur die gemeinsamen kriegerischen Anstrengungen der übrigen Mächte das System restabilisieren konnten.

Mächten des alten Europa nicht mehr zu bewältigenden Pattsituation und zur schließlichen Intervention einer Außenmacht, nämlich der Vereinigten Staaten von Amerika, führte.

Während der Zwischenkriegszeit gelang es nicht, das zerstörte System des europäischen Gleichgewichts wieder zu erneuern. Der Mißerfolg des Bemühens läßt sich unter anderem auf die Weigerung der USA, die übernommene Rolle innerhalb des europäischen Systems weiterzuspielen, auf die Entstehung des Sowjetstaates als einer Macht, die sich in einem prinzipiellen Gegensatz zu den übrigen Staaten empfand und daher ihr politisches Handeln an systemfremden Zielen orientierte, und auf die gesellschaftlich-politischen Radikalisierungen zurückführen, welche die Niederlage in einem gegenüber früher totalisierten militärischen Ringen bei den Deutschen auslöste. Die totale Herausforderung des nationalsozialistischen Deutschland an die Gesamtheit der anderen Mächte im Zweiten Weltkrieg ließ mit innerer Folgerichtigkeit diese anderen Mächte trotz aller trennenden ideologischen Gegensätze sich in einer unlöslichen Front gegen Deutschland fühlen und sie in Mißachtung der alteuropäischen Friedensregel, daß man den Besiegten als potentiellen Verbündeten im Kampf gegen die Herausforderungen von morgen nicht gänzlich entmachten dürfe, die Eliminierung des deutschen Faktors aus dem europäischen System anstreben. Daher wurde Deutschland einer Besatzungsherrschaft der Siegermächte unterworfen.

Als dann in den Nachkriegsjahren die Ost-West-Gegensätze immer stärker die Weltpolitik bestimmten, waren weder die kriegsgeschwächten europäischen Staaten der Siegerkoalition noch das zerschlagene und geteilte Deutschland in der Lage, im Verhältnis zu den beiden beherrschenden Flügelmächten USA und UdSSR die Rolle einer ausbalancierenden dritten Macht zu spielen. Die osteuropäischen Länder einschließlich eines deutschen Teilgebietes wurden in den Machtbereich der Sowjetunion einbezogen, und die westeuropäischen Länder einschließlich des deutschen Westens sahen ihre Sicherheit durch die UdSSR als weitaus stärkste Macht auf dem europäischen Kontinent so sehr bedroht, daß sie Schutz in der Bindung an die Vereinigten Staaten von Amerika suchten³⁾. Mittlerweile sind zwar Potential und Selbstbewußtsein der westeuropäischen Staaten erheblich gewachsen, doch hat inzwischen die Entwicklung der militärischen Technologie zur Erlangung eines

³⁾ Vgl. zu dieser Problematik Gerhard Wettig, *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943—1955*, München 1967.

Weltmachtstatus eine Größenordnung an territorialen, materiellen und wissenschaftlichen Hilfsquellen erforderlich gemacht, wie sie unter den europäischen Staaten keiner mehr besitzt.

Daher ist das gegenwärtige Staatensystem in Europa trotz aller einzelstaatlichen Verselbstständigungstendenzen in den beiden Blöcken, wie sie insbesondere Frankreich und Rumänien gezeigt haben, in seinen tragenden Grundlagen bizentrisch. Die beiden Blöcke bestimmen entscheidend die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa, namentlich in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht. Ueberdies sind die europäischen Staaten entlang einer geographischen Scheidelinie, die mit den Blockgrenzen identisch ist, politisch, gesellschaftlich und ideologisch dissoziiert, das heißt, sie haben mit antagonistischen Wertungen versehene Vorstellungen und leiten daraus weithin auch antagonistisch bewertete Wahrnehmungen der jeweiligen Gegenseite ab⁴⁾. Daraus wird dann vielfach die Schlußfolgerung nicht nur der faktischen Unmöglichkeit, sondern auch der moralisch-politischen Unzulässigkeit einer Annäherung gezogen⁵⁾. Das Handeln beider Seiten ist von dem Willen bestimmt, der jeweils anderen Seite ein militärisches und politisches Gegengewicht entgegenzusetzen, das zumindest dieser eine Ausdehnung ihres Machtgebietes verwehrt. Die beiden Blöcke verweigern sich daher wechselseitig Veränderungen des Status quo und erkennen unausgesprochen die Teilung Europas in zwei Sphären gegenseitiger Nicht-Einmischung an.

Dies wird bewerkstelligt, indem beide Seiten zur Abwehr etwaiger zu ihren Ungunsten vorgenommener Veränderungen ein militärisches und politisches Potential bereithalten, das

⁴⁾ Man kann durchaus fragen, ob die durch bestimmte Informationserwartungen und Zielvorstellungen festgelegten Wahrnehmungsmuster nicht vielfach die Urteile unzulässig verzerren. So läßt sich anzweifeln, ob in vieler Hinsicht wirklich zwischen dem sozialdemokratischen Schweden und dem sozialistischen Ungarn ein fundamentalerer Unterschied besteht als zwischen dem weithin labourgeprägten Großbritannien und dem eher frühkapitalistisch-autoritären Spanien.

⁵⁾ Ein Musterbeispiel hierfür ist die Anti-Konvergenz-Kampagne der DDR, aber auch der UdSSR. Vgl. Bernhard von Rosenblatt, *Die Auseinandersetzung mit der Konvergenztheorie in der DDR: Untersuchung zur Problematik einer verstärkten Kommunikation zwischen BRD und DDR*, Stiftung Wissenschaft und Politik (Ebenhausen/Isartal), SWP-S 168 (Mai 1970); sowie die Beiträge von Henryk Olsienkiewicz, C. Olgin, F. Hajenko und Stefan C. Stolte zum Konvergenz-Thema, in: *Bulletin (Institute of the Study of the UdSSR)*, Jg. 17, H. 8 (August 1970), S. 7—69.

Gewaltakte zwischen den Blöcken zu einem unverhältnismäßigen und letztlich unkalkulierbaren Risiko macht. Dieses „Gleichgewicht der Abschreckung“ setzt die Einbeziehung der USA in das europäische System voraus. Die UdSSR besitzt auf dem europäischen Kontinent ein militärisches und geopolitisches Gewicht, das die westeuropäischen Länder auch vereinigt bei optimaler Entfaltung ihrer Kräfte nicht erreichen können. Die wechselseitigen Schutz- und Beistandsverpflichtungen im Rahmen der NATO und die Präsenz beträchtlicher amerikanischer Streitkräfte in Westeuropa (die sozusagen die USA mit den westeuropäischen Staaten physisch identifiziert) sind daher unerläßliche Bedingungen für das Funktionieren der Abschreckung im Ost-West-Verhältnis. Durch die Teilung Deutschlands ist das frühere Kraftzentrum in der Mitte Europas entscheidend geschwächt und auf den Rückhalt an den Vormächten beider Blöcke verwiesen, so daß die Bizentrizität von dort aus nicht in Frage gestellt, sondern verstärkt wird. Die Teilung Deutschlands gehört daher mit zu den Voraussetzungen des Systems der Abschreckung in Europa, auf die nicht ohne weiteres (das heißt, ohne kompensatorische Bemühungen) verzichtet werden kann, wenn das System in der bisherigen Weise fortbestehen soll.

Das System der Abschreckung hat seit seinem Bestehen den Ausbruch eines Krieges in Europa verhindert. An Ost-West-Konflikten, die — wie insbesondere in der Berlin-Frage — sich wiederholt zu akuten Krisen ausgewachsen haben, hat es seit den späten vierziger Jahren auf dem europäischen Kontinent wahrlich nicht gefehlt, doch ist eine kriegsartige Austragung der Konflikte bisher immer vermieden worden. Trotzdem besteht weithin ein gewisses Unbehagen. Vor allem in den westeuropäischen Ländern ist im gleichen Ausmaß, wie das Problem der Kriegsverhütung durch die Pattstellung von NATO und Warschauer Pakt gelöst schien, eine Unzufriedenheit mit den aus der Bizentrizität resultierenden blockinternen Abhängigkeitsstrukturen laut geworden. Ähnliche Tendenzen zeigten sich auch in den osteuropäischen Partnerländern der UdSSR, konnten sich aber im allgemeinen weniger artikulieren und durchsetzen.

Aus anderer Richtung wurde kritisch geltend gemacht, das System der Abschreckung konserviere die Übel des Status quo in Europa wie beispielsweise die Bewußtseins- und Verhaltensstrukturen der intereuropäischen Konfrontation oder bestimmte, aus nationalen oder humanitären Gründen unerträgliche Sachverhalte (die Spaltung Deutschlands oder die Unterdrückung europäischer Völker, definiert

nach der jeweiligen ideologischen Optik). In diesem Sinne ist die Kritik an dem bizen-trischen System der Abschreckung ein Protest gegen den ideologisch-antagonistischen, gesellschaftlichen oder politischen Immobilismus, wie er im Zeichen des Kalten Krieges eingetreten war. Verbunden damit ist häufig das Gefühl, daß auf der Basis feindlichen Gegenüberstehens und gegeneinander gerichteter Abschließung ein dauerhafter Friede nicht zustande kommen könne.

Gegen das System der Abschreckung wird auch eingewandt, daß die dadurch bewirkte Kriegsverhinderung nur unzuverlässiger Art sei und daher für die Zukunft einen allzu prekären Schutz biete. Der Zweifel geht dabei teilweise von der Konzeption des alteuropäischen Gleichgewichts aus, bei der die Existenz vieler erstrangiger Mächte mit freien Koalitionsmöglichkeiten das Überwiegen der gegen die Aufrichtung einer Vorherrschaft kämpfenden Partei gesichert hatte. In dieser Perspektive muß das gegenwärtige bizen-trische System als extrem instabil erscheinen: Die Verhütung von Initiativen, welche die wechselseitige Respektierung der Positionen beenden würden, hängt ausschließlich von der Existenz eines hinreichenden Abschreckungspotentials auf der Gegenseite ab. Damit fehlt nicht nur jede Alternative zu dem Zwang, die Rüstungen der Gegenseite mit mindestens gleichwertigen Anstrengungen zu beantworten, sondern es besteht auch jederzeit die Gefahr einer ungleichmäßigen Entwicklung auf beiden Seiten, die das vorhandene Gleichgewicht aufhebt. Die Übermacht der einen Seite kann nicht mehr durch die Verbindung einer dritten Macht mit der schwächeren Seite wettgemacht werden und wird daher das System der Abschreckung durch ein monozentrisches Hegemonialsystem ablösen können. Einer neueren Untersuchung zufolge ist freilich bei diesem Denkmodell ein entscheidender Faktor nicht berücksichtigt. Danach geht die balancierende Wirkung, die früher in der Unsicherheit bezüglich der Allianzpartner auf der Gegenseite herrschte, heute von der Unsicherheit bezüglich des jeweiligen Grades der Risiko- und Einsatzbereitschaft auf der Gegenseite für den Fall bestimmter Herausforderungen aus⁶⁾.

Nach einer anderen Argumentation bergen die technologischen Zukunftsaussichten die Gefahr großer Instabilität in sich. Waffentechnisch be-

⁶⁾ Vgl. Glenn H. Snyder, *The Balance of Power and the Balance of Terror*, in: Dean G. Pruitt/Richard C. Snyder, Hrsg., *Theory and Research on the Causes of War*, Englewood Cliffs, N. J., 1969, S. 121 f.

ruht die Abschreckung gegenwärtig darauf, daß die beiden Weltmächte jeweils die Fähigkeit zum „zweiten Schlag“ besitzen, daß sie also auch nach erlittenem Kernwaffenüberfall noch über genügend nukleare Vergeltungskapazität verfügen, um die Gegenseite tödlich zu treffen. Aus dieser Unfähigkeit beider Seiten zu einem „ersten Schlag“ (in dem Sinne, daß dieser Schlag von unannehmbaren Folgen begleitet wäre) wird der Schluß gezogen, daß keine der beiden Weltmächte es sich leisten kann, einen Kernwaffenkrieg gegen die andere zu beginnen. Weil ein konventioneller Krieg nicht mit Sicherheit von einem Übergang in eine nukleare Auseinandersetzung abgehalten werden kann, gilt diese Risikoeinschätzung in gewisser Weise auch für den Fall eines herkömmlichen Krieges zwischen den beiden Weltmächten⁷⁾. Mit der Entwicklung neuer Waffensysteme wie der Raketenabwehrraketen (anti-ballistic missiles, ABM) und der Mehrfachsprengkopfraketen (multiple independently targeted reentry vehicles, MIRV) aber scheint der Durchbruch zur Fähigkeit eines „ersten Schlages“ (ohne die Folge eines unannehmbaren fürchterlichen Gegenschlags) in den Bereich künftiger Möglichkeiten gerückt. In diesem Zusammenhang richtet sich der Blick kritisch auf die prinzipielle „Unfähigkeit eines Systems souveräner Staaten, Krieg ganz zu vermeiden“, und das Bestreben artikuliert sich, das machtpolitische System der zwischenstaatlichen Beziehungen in eine neue internationale Struktur ohne die Ultima ratio des Krieges zu verwandeln⁸⁾.

Der kurze Überblick über die Struktur der gegenwärtigen zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa und über die verschiedenen Denkansätze der sich gegen sie richtenden Kritik oder Opposition macht deutlich, daß der Versuch zur Sicherung des europäischen Friedens mittels einer wechselseitigen Abschreckung zwar den Kontinent bisher vor kriegesischen Katastrophen bewahrt hat, aber dennoch als hinreichend problematisch empfunden wird, um der Suche nach besseren Lösungen, sei es in Ergänzung oder in Ersetzung des bestehen-

⁷⁾ Sowohl die amerikanischen Erörterungen im Zusammenhang mit der „arms control“ als auch die sowjetischen Ausführungen zur „friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ lassen die Auffassung erkennen, daß ein Krieg, der die beiden Weltmächte in irgendeiner Form militärisch miteinander konfrontieren würde, unbedingt vermieden werden müsse.

⁸⁾ Carl Friedrich von Weizsäcker, Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 1/71 vom 2. 1. 1971, S. 13 ff.

den Abschreckungssystem, Raum zu geben. Die sowjetische Führung hat schon sehr früh, nämlich Mitte der fünfziger Jahre, wiederholte Versuche unternommen, dieses Suchen durch Vorschläge über Maßnahmen der „europäischen Sicherheit“ einzufangen und zu lenken.

Vorschläge dieser Art können dabei eine zweifache Funktion haben: Sie können auf die Schaffung eines ganz bestimmten Systems der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa abgestellt sein, oder sie können sich darauf richten, das Verhältnis des vorschlagenden Staates zu anderen Staaten zu verändern, indem dieser zu einer (vielfach im voraus berechneten) Reaktion genötigt und dadurch in eine bestimmte außenpolitische Lage hineinmanövriert wird. Es kann also dem Staat, der das Projekt unterbreitet, entweder darauf ankommen, seine Beziehungen zu anderen Staaten zur Vorantreibung der hinter dem Projekt stehenden systemaren Zielvorstellungen zu benutzen, oder aber darauf, durch das Projekt und die mit seiner Hilfe bei dritten Staaten erweckten Wahrnehmungen und Vorstellungen einen oder mehrere andere Staaten in eine für die eigene Seite vorteilhafte Situation zu versetzen, ohne daß eine Veränderung des systemaren Status quo angestrebt wird.

Beide Arten von Zielen müssen sich freilich nicht unbedingt ausschließen: Es kann einer erstrebten Systemveränderung dienen, wenn ein anderer systemwichtiger Staat in ein anderes Verhältnis zu dem vorschlagenden Staat gebracht und damit möglicherweise zu einem neuen Verhalten gegenüber den Vorschlägen veranlaßt wird, und es kann den Wechsel bilateraler Beziehungen herbeiführen, wenn ein andersartiges Staatensystem einen neuen Rahmen setzt. Allerdings ist es nicht unwichtig, wo der Ansatz zur Änderung gesucht wird — bei den Beziehungen zu anderen Staaten innerhalb des bestehenden Systems oder bei systemaren Veränderungen gegenüber den anderen Staaten. Bei einer Analyse sowjetischer Vorschläge und Aktionen zur „europäischen Sicherheit“ ist daher immer sowohl die Struktur des favorisierten Systemmodells als auch die Wirkung der verwendeten Reizworte auf die Gestaltung der weiteren Beziehungen zwischen der UdSSR und wichtigen anderen Staaten zu untersuchen.

Es gibt kein durchgängiges sowjetisches Programm der „europäischen Sicherheit“. Die UdSSR hat vielmehr zu verschiedenen Zeitpunkten — 1954, 1955, 1965, 1966—1968 und schließlich seit Frühjahr 1969 — sehr unterschiedliche Vorstellungen unter dieser Parole

propagiert⁹⁾). Gemeinsam freilich ist allen diesen Vorschlägen, daß sie die Änderung wichtiger Grundlagen des bestehenden Systems der wechselseitigen Abschreckung forderten, und zwar normalerweise wesentlich auf der westlichen Seite. Die Reizworte waren dabei offensichtlich bestimmten Tendenzen des Mißbehagens bezüglich des gegebenen Status quo in den westeuropäischen Ländern angepaßt, und zwar auch dann, wenn bestimm-

te Elemente des Status quo zur Leitparole erhoben wurden. Die folgenden Ausführungen gehen von den Vorschlägen der europäischen Sicherheit aus, welche die sowjetische Seite seit März 1969 vorgelegt hat und analysiert die Kommentare, die von den politischen Führern und Sachverständigen der UdSSR seit dem Sommer 1970 zu den Problemen der Europa-Politik abgegeben worden sind.

Sowjetische Vorschläge zur europäischen Sicherheit 1969/70

Die Parolen, unter welche die sowjetische Führung ihre Politik der europäischen Sicherheit in den Jahren 1966—1968 stellte, waren auf die Mobilisierung möglichst starker Gegenkräfte gegen den Bündniszusammenhang der NATO und gegen die Anwesenheit der amerikanischen Militärmacht auf dem europäischen Kontinent gerichtet. Mittel zu diesem Zweck war sehr wesentlich eine konzentrische Steuerung aller Attacken gegen die Bundesrepublik Deutschland als den angeblich spannungserzeugenden und friedenverhindernden Staat. Begründet wurden diese Angriffe mit der Tatsache, daß die deutsche Bundesregierung an der These vom rechtlichen Fortbestand der Grenzen von 1937, an dem Wiedervereinigungsgebot, an dem grundsätzlichen Anspruch auf die Vertretung aller Deutschen und am Postulat der völkerrechtlichen Nicht-Existenz der DDR (mit der Folge, daß die Anerkennung der DDR durch andere Staaten keinesfalls geduldet werden konnte) festhielt. Daraus wurde für die Bundesrepublik Deutschland propagandistisch der Vorwurf abgeleitet, sie suche in „revanchistischer“ Weise das Gebiet der DDR und weite Teile Polens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion zu erlangen und wolle um dieses Zieles willen in „militaristischer“ Weise einen nuklearen Weltkrieg entfesseln. Diese Argumentation diente der damaligen sowjetischen Absicht, die Bundesrepublik Deutschland als den Störenfried in Europa zu denunzieren, in zweifacher Weise: Den Osteuropäern wurde die Gefährdung ihrer territorialen Sicherheit durch die Westdeutschen vor Augen gestellt, während den Westeuropäern erklärt wurde, daß ihre Verbindung mit der Bundesrepublik Deutschland sie in einen weder von ihnen gewollten noch für sie ersprießlichen deutschen

Angriffskrieg gegen den Osten hineinzuziehen drohe.

Die deutsche Bundesregierung war bestrebt, die Absurdität derartiger Schlußfolgerungen aus ihrem eher theoretischen als praktisch motivierten Rechtsstandpunkt darzutun, unter anderem durch die Aushandlung eines Gewaltverzichtsvertrags mit der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern. Die UdSSR freilich war daran nicht interessiert und ließ die Verhandlungen scheitern¹⁰⁾. Das strategische Konzept Moskaus ging damals vielmehr dahin, die Bundesrepublik Deutschland als diejenige Macht, von der nach dem französischen Austritt aus der NATO-Militärorganisation der weitere Fortbestand der NATO auf dem europäischen Kontinent abhing, durch maximale Pressionen zur Fortführung der atlantischen Bündnispolitik entweder unfähig oder unwillig zu machen¹¹⁾.

¹⁰⁾ Die Verhandlungen gerieten wegen des sowjetischen Verlangens, die Bundesrepublik Deutschland solle gegenüber der UdSSR auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt verzichten, gleichzeitig aber ein sowjetisches Gewaltanwendungsrecht aufgrund der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta akzeptieren, endgültig in eine Sackgasse, nachdem bereits vorher deutschlandpolitische Maximalforderungen Moskaus kaum zu überwindende Schwierigkeiten geschaffen hatten. Darüber hinaus suchte die sowjetische Regierung den Eklat eines öffentlichen Scheiterns der Verhandlungen, indem sie am 11. Juli 1968 unter Bruch der vereinbarten Vertraulichkeit ihre — sehr polemisch gehaltenen — Noten an die Bundesregierung publik machte. Vgl. den Abdruck der sowjetischen Noten in: *Izvestija* vom 12., 13. und 14. 7. 1968; Material für die Presse zum Thema Gewaltverzicht, zusammengestellt vom Auswärtigen Amt und veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am 12. 7. 1968; Nachdruck von einzelnen Dokumenten durch: *Der Tagesspiegel* vom 14. 7. 1968 und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. 7. 1968 und 25. 7. 1968.

¹¹⁾ Vgl. Gerhard Wettig, *Moskau und die Große Koalition* in Bonn, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 10/68 vom 6. 3. 1968, S. 3—22.

⁹⁾ Vgl. Boris Meissner, *Sowjetunion und die kollektive Sicherheit*, in: *Außenpolitik*, 1970, H. 7, S. 393—405.

Bis Anfang 1969 hatte sich die Lage in Europa so weit verändert, daß das bisherige strategische Konzept der Sowjetunion kaum noch anwendbar war. Bereits mit dem Regierungsantritt der Großen Koalition war der sowjetische Kurs erschwert worden, da deren modifizierte Ostpolitik im Westen und teilweise sogar in Osteuropa der sowjetischen Propagandathese von der westdeutschen Friedensbedrohung erfolgreich entgegenwirkte. Nach dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei verbreitete sich in Europa weithin der Eindruck, daß die europäische Sicherheit in erster Linie durch die Sowjetunion — und nicht durch die von ihr angeschuldigte Bundesrepublik Deutschland — bedroht sei. Westeuropäische Hoffnungen auf eine mühelose Entspannung des Verhältnisses zur Sowjetunion verfliegen. Dementsprechend wurde der NATO wieder größere Wichtigkeit bei der Aufgabe der Friedenserhaltung und der Friedenssicherung in Europa beigemessen. Die Sitzung des NATO-Rates wurde vorverlegt; auf ihr fanden sich die westeuropäischen Bündnismitglieder zu höheren Verteidigungsleistungen bereit.

Unter diesen Umständen mochten sowjetische Versuche zu einer Diskreditierung der NATO eher einen gegenteiligen Effekt hervorrufen, nämlich das Mißtrauen gegenüber den sowjetischen Absichten und die Überzeugung von der Unerläßlichkeit der NATO stärken. Während des Herbstes und des Winters suchte Moskau den bisherigen gegen die Bundesrepublik Deutschland ausgerichteten Kurs fortzusetzen, zuerst mit einer Kampagne zum angeblichen sowjetischen Interventionsrecht in der Bundesrepublik und dann mit einer Offensive von Pressionen in West-Berlin¹²⁾. In beiden Fällen führte der sowjetische Versuch, die Bundesrepublik Deutschland als gefährlichen Störenfried herauszustellen, statt dessen zur Solidarisierung der Westmächte mit ihr. Der sowjetische Anspruch eines Interventionsrechtes in Westdeutschland erschien doppelt odios, nachdem man gerade erst sowjetisches Interventionsverhalten in der Tschechoslowakei erlebt hatte, und in Berlin reagierten die drei Mächte gegen einen Druck, den sie als Versuch zu einem wechselseitigen Gegenineinanderauspielen ihrer Länder und des westdeutschen Verbündeten ansahen. Damit war weder der Anti-NATO-Kurs noch die Anti-Bundesrepublik-Politik ein weiterhin erfolgversprechendes Mittel sowjetischen Handelns.

¹²⁾ Die UdSSR begründete ihren Interventionsanspruch wieder mit den Artikeln 53 und 107 der UNO-Charta. Zu dem Vorgehen gegen West-Berlin vgl. Gerhard Wettig, Die Berlin-Krise 1969, in: Osteuropa, 1969, H. 9, S. 685—697.

Die Männer im Kreml entschlossen sich daher, die bisherige Generallinie zu ändern. Sie veranlaßten die Außenminister des Warschauer Paktes am 17. März 1969 zum Appell an die anderen europäischen Länder, eine „gesamteuropäische Konferenz zur Erörterung der Fragen der europäischen Sicherheit und einer friedlichen Zusammenarbeit“ einzuberufen. Das Programm der europäischen Sicherheit, über das gesprochen werden sollte, wurde nur sehr vage angedeutet. Es hieß, alle strittigen Fragen sollten durch Verhandlungen statt durch Gewaltanwendung geregelt werden und es solle sich ein „Klima“ der Verständigung und des Vertrauens herausbilden. Auffälligerweise war von einem Abbau der Bündnisysteme und der ausländischen Truppenstationierungen in Europa — zwei Hauptbestandteile der vorausgegangenen Warschauer-Pakt-Erklärungen von Bukarest (1966) und Karlsbad (1968) — keine Rede mehr. Unklar wurde gelassen, inwieweit die Vereinigten Staaten von Amerika an der geforderten Konferenz für europäische Sicherheit und an den sich vielleicht anschließenden europäischen Regelungen beteiligt werden könnten und sollten. Der Text des Appells enthielt keinen Hinweis darauf, doch konnte die Tatsache, daß der Appell „an alle europäischen Staaten“ gerichtet war, vielleicht auf die Absicht eines Ausschlusses der USA hinweisen.

Eine deutliche Modifikation der sowjetischen Politik wurde durch die Behandlung angezeigt, die der Bundesrepublik Deutschland widerfuhr. Es fehlte die übliche Verteufelung des westdeutschen Staates. Die vorgetragenen Forderungen nach „Unverletzlichkeit der in Europa bestehenden Grenzen, darunter der Grenzen an Oder und Neiße und ebenso der Grenzen zwischen DDR und BRD, Anerkennung der Tatsache des Bestehens der DDR und der BRD, Verzicht der BRD auf ihre Ansprüche, das ganze deutsche Volk zu vertreten, und Verzicht auf die Verfügung über Kernwaffen in irgendeiner Form“ und der ausdrücklich bekräftigte Standpunkt, West-Berlin besitze einen „Sonderstatus“ und gehöre „nicht zu Westdeutschland“, machen deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland zwar nicht aus der Schußlinie der sowjetischen Ansprüche herausgenommen war, aber doch immerhin mit größerer Mäßigung als bisher behandelt wurde. Die neuen Formeln gingen weniger weit und erlaubten eine größere Flexibilität als alles, was seit Anfang 1967 verlautbart worden war. Zudem brachte die UdSSR ihre Forderungen als „Faktoren der europäischen Sicherheit“ ins Gespräch, das heißt, sie verlangte im Unterschied zu bisher

die Erfüllung ihrer Forderungen nicht mehr vor dem Zusammentreten einer europäischen Konferenz, sondern hielt nur daran fest, daß sie im Verlauf einer gesamteuropäischen Regelung irgendwann einmal erfüllt werden müßten¹³⁾.

Etwas anders wurde das Programm der europäischen Sicherheit auf der Moskauer Konferenz der kommunistischen Parteien vom 5. bis 17. Juni 1969 akzentuiert. Das abschließende Konferenzdokument vom 18. Juni 1969, das den kommunistischen Parteien, vor allem auch soweit sie außerhalb des sowjetisch gelenkten Staatensystems sich befinden, als politische Leitlinie dienen soll, erklärte „die Existenz der von den imperialistischen Kräften aufgezwungenen Militärblöcke und Militärstützpunkte auf dem Territorium anderer Staaten“ zu einem „Haupthindernis für die Zusammenarbeit von Staaten“ und folgerte daraus, „die Errichtung eines wirksamen Systems der europäischen Sicherheit“ biete „eine wirkliche Garantie für die Sicherheit und eine der Voraussetzungen für den Fortschritt jedes europäischen Landes“. In Übereinstimmung damit, so wurde hinzugefügt, hätten „sich die sozialistischen Länder bereits für eine gleichzeitige Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages ausgesprochen“. Die Formulierung eines Vorentwurfs vom März war entfallen, nach der das „Netz von Militärbasen“, die „Kette aggressiver Militärböcke“ und das „nie gesehene Wettrennen“ auf der Seite des Imperialismus zu liquidieren waren. Zugleich war neu von „Aufgaben mehr spezifischen oder regionalen Charakters, die die Gewährleistung der Sicherheit auf einzelnen Kontinenten oder in einzelnen geographischen Zonen“ betrafen, die Rede. Aus dem Text des Moskauer Hauptdokuments läßt sich entnehmen, daß eine einseitige Auflösung der NATO und eine einseitige Beseitigung der amerikanischen An-

wesenheit in Europa weiterhin politische Wunschziele darstellen¹⁴⁾.

Nachdem der Budapester Appell in den westlichen Ländern eine lebhaftige Diskussion ausgelöst hatte, schien es der sowjetischen Führung an der Zeit zu sein, ihre Vorstellungen zu den Fragen der europäischen Sicherheit näher zu verdeutlichen. Ende des Sommers ließ sie einen Entwurf hierzu an die Regierungen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten hinausgehen¹⁵⁾. Im Ergebnis veröffentlichten die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 31. Oktober 1969 eine Erklärung. Darin wurden für die Sicherheitskonferenz zwei Themen vorgeschlagen: ein gesamteuropäisches Abkommen über den Verzicht auf die Anwendung und die Androhung von Gewalt im Verhältnis zueinander und der Ausbau der kommerziellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten. Wie es hieß, würde ein derartiges Vorgehen der „zuverlässigen Sicherheit, begründet auf kollektiven Prinzipien und auf den gemeinsamen Anstrengungen der an der gesamteuropäischen Konferenz teilnehmenden Staaten“, dienen.

Damit war das Problem einer europäischen Friedensordnung vorerst auf den gedanklichen Rahmen eines vertraglichen Gewaltverzichts mit gleichzeitiger Sanktionierung des territorialen Status quo und einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in unpolitischen Bereichen eingeeengt. Der Vorschlag des Gewaltverzichts war darauf abgestellt, ohne eine Änderung der bündnispolitischen Gegebenheiten ein Gefühl der Ost-West-Entspannung in Europa zu verbreiten. Mit dem Verlangen nach einem besseren wirtschaftlichen und technologischen Austausch zwischen den europäischen Ländern sollte offensichtlich den Entwicklungsbedürfnissen der kommunistischen Staaten entsprochen werden. Hinsichtlich der Teilnehmerschaft der vorgeschlagenen Konferenz bot die Prager Erklärung wenig Klarheit. Ein versteckter Passus, in dem von den „europäischen Staaten“ die Rede war, könnte möglicherweise als Hinweis darauf verstanden werden, daß nur diese aufgefordert waren¹⁶⁾.

Auf diplomatischer Ebene wurden der Prager Erklärung noch zusätzliche Erläuterungen beigefügt. Danach sollte der multilaterale Gewalt-

¹³⁾ Zitiert nach dem — an einer Stelle von der deutschen Fassung leicht abweichenden — russischen Text (Pravda vom 18. 3. 1969). — Die Vorgeschichte des Appells läßt die Veränderung des sowjetischen Verhaltens gegenüber der Bundesrepublik Deutschland noch deutlicher werden. Die Delegationen der DDR und Polens setzten sich für eine scharfe Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland ein und trafen dabei auf rumänischen Widerstand. Sie waren sehr überrascht, als sich — anders als bisher — die sowjetische Delegation nicht auf ihre Seite stellte, sondern sich an einer Verurteilung Westdeutschlands für desinteressiert erklärte. Damit war dem Verlangen der DDR und Polens der politische Boden entzogen. Vgl. Hans-Ulrich Kempfski, Die roten Bosse verzichten auf den Popanz, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. 3. 1969.

¹⁴⁾ S. den Vergleich der Endfassung mit einem bekannt gewordenen Vorentwurf vom März 1969 bei Heinz Timmermann, Das Hauptdokument des Moskauer Kommunistenkonzils, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln), Nr. 39/1969, A 1—54.

¹⁵⁾ Vgl. Robert Legvold, European Security Conference, in: Survey, H. 76 (Sommer 1970), S. 46.

¹⁶⁾ Text zitiert nach: Pravda vom 1. 11. 1969.

verzicht nicht die Interventionsbefugnisse aufheben, die den vier ehemaligen Besatzungsmächten gegenüber Deutschland gemäß den Feindstaatenartikeln 53 und 107 der UNO-Charta zuständen. Weiterhin war deutlich, daß die UdSSR das Thema der zwischenzeitlichen Entspannung aus den Diskussionen der Konferenz verbannt wissen wollte und sich einer Erstickung des Gewaltverzichts auf ihr eigenes Verhältnis zu den anderen Warschauer-Pakt-Staaten widersetzte. Schließlich war von Details einer Regelung der kommerziellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Kooperation die Rede.

Die östlichen Vorschläge fanden im Westen großen Widerhall. Neben Zustimmung zu einzelnen Elementen wurden Kritik und Verlangen nach Ergänzungspunkten laut. Die sowjetische Führung suchte durch das Budapester Memorandum der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten vom 22. Juni 1970 so weit, wie sie es von ihrem Standpunkt für irgend vertretbar hielt, auf die westlichen Wünsche einzugehen. Vorangegangene Erklärungen des sowjetischen Parteichefs Breschnew entsprechend, wurde die Parole ausgegeben, es sollten mehrere aufeinanderfolgende Konferenzen stattfinden. Außerdem war an die Schaffung eines dauernden Konferenzorgans gedacht, das die Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit beraten könnte. Zu den früher genannten Themen der Konferenzdiskussion wurden die Probleme des Umweltschutzes in Europa und der kulturellen Beziehungen zwischen den europäischen Ländern hinzugefügt. Die „Prüfung der Frage bezüglich der Verminderung der auswärtigen Streitkräfte auf den Territorien europäischer Staaten“, welche die sowjetische Führung als Antwort auf das Verlangen des NATO-Rates nach Gesprächen über einen beiderseitigen ausgewogenen Truppenabbau in West- und Osteuropa zugestand, sollte dagegen nicht auf der Konferenz, sondern in einem von ihr zu schaffenden Organ erfolgen¹⁷⁾.

Diese auffallende Absonderung eines Themas von den übrigen Themen ist kaum ohne Bedeutung — um so weniger, als die sowjetische Presse- und Rundfunkpublizistik bis dahin stets die Behandlung einer beiderseitigen Streitkräfteverminderung im Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit für unzulässig erklärt hatte und auch danach aus dem sowjetischen Mißbehagen bezüglich einer Erörterung dieses Problemkreises keinen Hehl machte. Wie wenig die Männer im Kreml Verhandlungen über diese Frage wünschen, geht auch

daraus hervor, daß der sowjetische Außenminister im Herbst 1970 in verschiedenen westlichen Hauptstädten nachgefragt hat, ob die betreffenden Regierungen wirklich auf einer Behandlung der beiderseitigen ausgewogenen Truppenverminderung bestünden, wenn sie sich zu einer Konferenz für europäische Sicherheit bereittfinden sollten¹⁸⁾. Die Verweisung der Frage an das erst noch zu bildende Konferenzorgan könnte den Zweck haben, keinen Zusammenhang zwischen ihr und anderen Verhandlungsgegenständen (an denen die UdSSR ein Interesse hat) zuzulassen und mithin der sowjetischen Seite ein unkooperatives Verhalten in dieser Angelegenheit zu ermöglichen, ohne daß schädliche Rückwirkungen an anderer Stelle allzu wahrscheinlich werden.

Die Ost-Berliner Erklärung der Partei- und Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten vom 2. Dezember 1970 fügte den vorangegangenen Verlautbarungen wenig entscheidend Neues hinzu. Es wurde die bereits bei früheren Anlässen ausgedrückte Ansicht wiederholt, daß zur Abhaltung einer gesamteuropäischen Konferenz „gegenwärtig hinreichende Voraussetzungen“ bestünden. Die interessierten Staaten wurden aufgefordert, von dem Stadium der Vorbereitung in bilateralen Kontakten zur „Durchführung multilateraler Konsultationen“ überzugehen, um das angestrebte Zusammentreten zu beschleunigen. Die Formel, daß dabei „alle interessierten Staaten“ beteiligt werden sollten, unterstrich die schon im Budapester Memorandum ausgesprochene Bereitschaft zur Einbeziehung auch der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas. Eine versteckte antiamerikanische Spitze enthielt freilich die Stelle, an der außer von der „Aktivierung der aggressiven Kreise der NATO“ und den „provokierenden Aktionen der revanchistischen und militaristischen Kräfte in der BRD“ auch von den „unaufhörlichen Versuchen von außen“ die Rede war, „die Entwicklung günstiger Prozesse auf dem europäischen Kontinent aufzuhalten“.

Die Ost-Berliner Erklärung reflektiert im übrigen als erstes Dokument der Warschauer-Pakt-Staaten den Zusammenhang, in dem die gesamteuropäische Entspannung mit einer einvernehmlichen Regelung der Berlin-Frage steht. Die Partei- und Regierungschefs drückten unter Bezugnahme auf die angestrebten gesamteuropäischen Regelungen die Hoffnung aus, „daß die derzeit über West-Berlin geführten Verhandlungen mit der Erreichung

¹⁸⁾ Moskau will Entgegenkommen in der Berlin-Frage zeigen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 11. 1970.

¹⁷⁾ Text zitiert nach: Pravda vom 27. 6. 1970.

einer wechselseitig annehmbaren Übereinkunft abgeschlossen werden, die den Interessen der Entspannung in Mitteleuropa und ebenso den Bedürfnissen der Bevölkerung West-Berlins und den legitimen Interessen und den souveränen Rechten der DDR entspricht". Der Hinweis auf die Belange und die Souveränitätsbefugnisse der DDR ist eng ver-

bunden mit dem Ausdruck der „Solidarität mit der friedliebenden Politik der Deutschen Demokratischen Republik“ und dem Verlangen nach der Aufnahme von „gleichberechtigten Beziehungen“ zur DDR, „darunter auf die allgemein akzeptierten Normen des Völkerrechts begründete Beziehungen zwischen DDR und BRD“¹⁹⁾.

Der Moskauer Vertrag und die sowjetische Politik der europäischen Sicherheit

Einer der Gründe für die Erklärung, daß die Phase der bilateralen in eine Phase der multilateralen Konferenzvorbereitung übergeführt werden solle, war der Abschluß der bilateralen Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland. Seit langem hatten Forderungen gegenüber Westdeutschland wie das Verlangen nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie wie der Elbe-Werra-Linie, nach Anerkennung der DDR oder nach Verzicht auf nationale und supranationale Mitwirkung an Kernwaffenangelegenheiten im Zentrum der sowjetischen Vorschläge der europäischen Sicherheit gestanden. Solange derartige Forderungen ausschließlich darauf abgestellt waren, die Bundesrepublik Deutschland als „revanchistisch“ und „militaristisch“ in der Öffentlichkeit zu diskriminieren, war natürlich kaum an einen erfolgversprechenden deutsch-sowjetischen Dialog über die bestehenden Streitfragen zu denken. Die Modifikation der sowjetischen Linie im Frühjahr 1969 schuf hier eine neue Lage. Die den Zwecken der Anlage dienenden Forderungen wie etwa diejenige, Bonn müsse mit seiner „faschistischen“ und im Grund „neonazistischen“ Innenpolitik im Interesse der europäischen Sicherheit endlich Schluß machen, wurden fallengelassen. Außerdem begann die sowjetische Propaganda, statt pauschal von einem „revanchistischen und militaristischen Westdeutschland“ (das von allen politischen Kräften bis hin zum linken Flügel der SPD repräsentiert werde) nunmehr differenzierter von „revanchistischen und militaristischen Kräften in Westdeutschland“ zu sprechen.

In der außenpolitischen Fachliteratur der UdSSR ging damit eine veränderte Bewertung der westdeutschen Sozialdemokratie einher: Die Wahl von Bundespräsident Heineemann, so hieß es, lasse erkennen, daß die SPD mit ihrer politischen Selbstentäußerung gegenüber den Rechtskräften brechen wolle und Chancen zur Herstellung einer politischen

Alternative zur herrschenden CDU/CSU besitze. Von da an wurde der SPD-Vorsitzende Brandt, der bis dahin in die politische Nachbarschaft des propagandistischen Buhmanns Strauß gerückt worden war, als selbständiger Politiker anerkannt und mit einigen bedingt positiven Vorzeichen versehen. Allmählich begann sich ein sowjetisches Interesse daran abzuzeichnen, nach Möglichkeit mit der Bundesrepublik Deutschland zu einer Übereinkunft über die Fragen des beiderseitigen Verhältnisses und über den Weg zu einer Sicherheitskonferenz zu gelangen. Ab Mitte September 1969 — also noch vor den Bundestagswahlen — fand der neue Kurs in der sowjetischen Presse deutlichen Ausdruck²⁰⁾.

Die Bildung der Kleinen Koalition in Bonn und die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt wurden in Moskau mit abwartend-positiver Haltung aufgenommen. Parteichef Breshnew erklärte am 27. Oktober 1969, die neue Bonner Koalition habe die Absicht bekundet, eine realistische Außenpolitik zu betreiben. Einer derartigen Politik sagte er Unterstützung zu. Gleichzeitig machte er die CDU/CSU für die Erscheinungen des „Revanchismus“ und „Militarismus“ in Westdeutschland verantwortlich und spezifizierte die Kriterien, an denen die Sowjetunion die bundesdeutsche Politik messen werde: Anerkennung der Grenzen, Annullierung des Münchener Abkommens, Aufgabe der Hallstein-Doktrin, Unterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages und positives Verhalten in den Fragen der europäischen Sicherheit²¹⁾. Die sozialliberale Bundesregierung kam während der folgenden

¹⁹⁾ Text zitiert nach: Pravda vom 4. 12. 1970. Hervorhebungen vom Verfasser hinzugefügt.

²⁰⁾ Zur Berichterstattung der sowjetischen Presse im September 1969 vgl. die Darstellung von Georg Zalitatsch, Die Regierung Brandt aus der Sicht der Moskauer Presse, in: Osteuropa, 1970 H. 7, S. 468—471.

²¹⁾ Wiedergegeben nach G. Zalitatsch, a. a. O., S. 472.

Monate der sowjetischen Seite mehrfach entgegen, um eine politische Übereinkunft mit der Sowjetregierung vorzubereiten. Insbesondere ließ sie den Kernwaffensperrvertrag unterzeichnen und diplomatische Vorgespräche durch ihren Moskauer Botschafter Allardt führen. Ab Januar 1970 verhandelte Staatssekretär Bahr in Moskau mit Außenminister Gromyko. In die Endverhandlungen schaltete sich Außenminister Scheel ein. Schließlich reiste Bundeskanzler Brandt nach Moskau, um den deutsch-sowjetischen Vertrag am 12. August 1970 zu unterzeichnen.

Der Text des Moskauer Vertrages²²⁾ läßt die Fragen erkennen, um die gerungen worden ist. In den Gewaltverzichtsverhandlungen von 1967/68 hatte die Bundesregierung den Standpunkt eingenommen, daß nur der Verzicht auf Mittel der Auseinandersetzung (nämlich auf die Anwendung oder Androhung militärischer Gewalt), nicht aber der Verzicht auf Ziele der Auseinandersetzung (nämlich auf die deutsche Wiedervereinigung und die rechtliche Fixierung der deutschen Grenzen in einem Friedensvertrag) Gegenstand der Übereinkunft sein solle. Demgegenüber hatte die Sowjetunion darauf bestanden, daß kein Abkommen einen Sinn habe, das nicht zugleich den Konflikt selbst regelt. In den neuerlichen Verhandlungen von 1970 ist die Bundesregierung nunmehr auf dieses Verlangen eingegangen. Der Gewaltverzicht ist daher mit einer Verständigung über bestehende Streitfragen verbunden worden.

Nach sowjetischer Ansicht, wie sie immer wieder auch in der Öffentlichkeit ausgesprochen worden ist, sollte die geforderte Regelung in einer vorbehaltlosen Sanktionierung des territorialen und machtpolitischen Status quo östlich der bundesdeutschen Grenzen bestehen. Es hieß, die Bundesrepublik Deutschland müsse die „Unveränderlichkeit“ (neizmennost'), die „Unberührbarkeit“ (neprikosnovennost') beziehungsweise die „Unerschütterlichkeit“ (nezylemost') der Grenzen in Mittel- und Osteuropa einschließlich der Grenzen der DDR anerkennen und die Existenz des anderen deutschen Staates durch eine völkerrechtliche Formalisierung des beiderseitigen Verhältnisses endgültig akzeptieren. Die bundesdeutsche Seite dagegen verlangte, ihr müsse das Recht zu einer einvernehmlichen Änderung des Status quo belassen werden. Sie sei zwar bereit, die deutsche Teilung als eine Realität zu ach-

ten, weil eine kriegerische Änderung weder in ihrer Absicht noch in ihrem Interesse liegen könne, betrachte diese Realität aber trotzdem als bedauerlich und strebe daher eine Änderung an, wenn diese im freien Einvernehmen mit den beteiligten Parteien möglich werden sollte. Daher könne sie sich nur dazu verpflichten, den bestehenden Zustand nicht mit Gewalt „anzutasten“.

Die sowjetischen Unterhändler dürften ihrem Standpunkt durch den Hinweis auf ihre Verpflichtungen gegenüber der DDR Nachdruck verliehen haben, wohingegen die bundesdeutschen Verhandlungspartner sich vermutlich auf den grundgesetzlichen Auftrag zurückgezogen haben, nach dem „Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden“ sind. Außerdem war die bundesdeutsche Seite genötigt, auf die Artikel der Pariser Verträge mit den Westmächten vom 23. Oktober 1954 hinzuweisen, welche die Regelung der Grenzfragen einem künftigen Friedensvertrag Deutschlands mit seinen früheren Kriegsgegnern vorbehalten und außerdem den bis dahin Besatzungsfunktionen ausübenden drei Mächten die Verantwortlichkeit für die Fragen Berlins und Gesamtdeutschlands belassen. Ein einseitiges Vorgehen war danach für Bonn rechtlich überhaupt nicht möglich. Eine Einbeziehung der Westmächte in die Verhandlungen und eine Ausweitung des bilateralen Gewaltverzichtsvertrages zu einem multilateralen Friedensvertrag kam aber von vornherein nicht in Frage. Die bundesdeutschen Unterhändler mußten im übrigen auch die innenpolitische Situation ihres Landes im Auge behalten: Wenn die Opposition den friedensvertraglichen Charakter des deutsch-sowjetischen Abkommens dartun konnte, bedurfte es zu dessen Ratifizierung einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments, die nicht in Aussicht stand.

Wie von einer unterrichteten Bonner Persönlichkeit ausgeführt worden ist²³⁾, konnte die

²²⁾ Georg Ferdinand Duckwitz, Die Wende im Osten, in: Außenpolitik, 1970, H. 11, S. 649. — Wenn Duckwitz, der Anfang 1970 als zuständiger Staatssekretär im Auswärtigen Amt über die Verhandlungen genau informiert worden ist, in diesem Zusammenhang darauf verweist, die sowjetischen Unterhändler hätten sich auch davon überzeugen lassen, daß die DDR nicht über die Rechte anderer (und das kann nur heißen: der UdSSR) verfügen könne, so läßt dies darauf schließen, daß der sowjetischen Seite zugleich die negativen Konsequenzen einer formellen völligen Entlassung der DDR aus dem Erstreckungsbereich besatzungsrechtlicher Restkompetenzen in der deutschen Frage bewußt geworden sind. Das würde auch erklären, warum Moskau die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland schließlich fallengelassen hat.

²³⁾ Abgedruckt u. a. in: Das Parlament vom 26. 9. 1970. Eine Gegenüberstellung der deutschen und der russischen Fassung findet sich in: Osteuropa, 1970, H. 12, S. 821 f.

bundesdeutsche Seite die Sowjetregierung schließlich davon „überzeugen, daß eine förmliche völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen (und der DDR) durch die Bundesrepublik Deutschland schon rechtlich nicht möglich ist, solange keine Friedensvertrag besteht und somit die Rechte der Vier Mächte für Berlin und Deutschland als Ganzes fortdauernde Geltung haben“, und zwar darum nicht, weil sie nicht mittels einer völkerrechtlichen Anerkennung „über die Rechte anderer, z. B. in bezug auf die Teilung oder die Grenzen ganz Deutschlands“, verfügen könne. Dementsprechend hat die Bundesregierung mit ihrem Verhandlungspartner ein Einvernehmen darüber erzielt, daß sie die territoriale Integrität der UdSSR und ihrer Verbündeten „uneingeschränkt“, wie es im deutschen Text heißt, beziehungsweise „unter allen Umständen“ (neuskosnitel'no), wie der russische Text formuliert, zu achten hat und keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten erheben wird, aber damit keine rechtliche oder gar moralische Sanktionierung irgendwelcher Grenzen, Staaten oder Zustände vollzieht²⁴⁾. In diesem Sinne verpflichten sich die vertragschließenden Seiten, die bestehenden Grenzen nicht „anzutasten“ (posjagat') und diese als „unverletzlich“ (nerušimyj) anzusehen. Die beiden Vokabeln, deren Gebrauch an die Stelle früher verwendeter anderer Begriffe getreten ist, lassen die Auslegung zu, daß lediglich gewaltsame, nicht-einvernehmliche Änderungen ausgeschlossen werden und somit friedliche, in wechselseitiger Übereinkunft der Beteiligten vorgenommene Änderungen weiterhin zulässig sind.

Aus diesem Formulierungstatbestand ist der Schluß hergeleitet worden, es handele sich um einen linguistischen Kompromiß, der beiden Seiten die ihr jeweils zusagende Deutung offenlasse: Die Sowjetunion habe auf diese Weise „nicht den Verzicht auf die Wiedervereinigung“ erlangt und die Bundesrepublik Deutschland „nicht den Verzicht auf das Wiedervereinigungsverbot“ bekommen²⁵⁾. Demgegenüber betont einer der maßgeblichen bundesdeutschen Unterhändler, die UdSSR habe „die Zulässigkeit von friedlichen und einvernehmlichen Grenzänderungen ausdrücklich bestätigt“²⁶⁾. Die Bundesregierung legt im übrigen Wert darauf, daß der Moskauer Vertrag den Grundsatz der Unantastbarkeit und der

Unverletzlichkeit der Grenzen durch den einleitenden Passus „in Übereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Prinzipien“ eng auf den unmittelbar vorher geregelten Gewaltverzicht bezieht. Auf diese Weise, so wird erläutert, werde die Übereinkunft, die bestehenden Grenzen nicht anzutasten und als unverletzlich zu betrachten, deutlich zu einer Funktion des Gewaltverzichts gemacht. Die Formulierung des Artikels 1, derzufolge die vertragschließenden Staaten erklären, sie gingen bei der erstrebten Normalisierung der Lage in Europa von der „bestehenden wirklichen Lage aus“, wird so interpretiert, daß damit die bestehende Lage als Ausgangs- statt als Endpunkt der Bemühungen markiert sei.

Einen wichtigen Bestandteil des Vertragswerkes bilden die angehängten Zusatzvereinbarungen. Durch sie wird konkretisiert, wie sich die Vertragsgrundsätze der Grenzrespektierung zu dem Bestreben der Bundesrepublik Deutschland verhalten, auf die deutsche Einheit hinzuwirken. Durch einen Hinweis in der Präambel des Vertrages wird der Notenaustausch, den Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Bulganin am 13. September 1955 aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion vornahmen, in den Moskauer Vertrag einbezogen. Darin erklärten die beiden Regierungschefs, sie gingen davon aus, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten „zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen werden und damit auch zur Lösung des gesamtnationalen Hauptproblems des deutschen Volkes, der Wiederherstellung der Einheit eines deutschen demokratischen Staates, verhelfen werden“²⁷⁾. Außerdem übergab Außenminister Scheel am 12. August 1970 den sowjetischen Vertragspartnern unwidersprochen einen Brief, indem er feststellte, der Moskauer Vertrag stehe „nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland . . .“, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“²⁸⁾. Die Berlin- und Deutschland-Rechte der Westmächte wurden außer durch Artikel 4, in dem festgestellt wird, daß der Vertrag nicht die von den vertragschließenden Staaten „früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen“ berührt, zusätzlich durch einen Austausch von Erklärungen zwischen dem bundesdeutschen und dem sowjetischen

²⁴⁾ So bei G. F. Duckwitz, a. a. O., formuliert.

²⁵⁾ Klaus Mehnert, Der Moskauer Vertrag, in: Osteuropa, 1970 H. 12, S. 824.

²⁶⁾ Paul Frank, Sicherheitsprobleme im Lichte des Moskauer Vertrages, in: Europa-Archiv, 1970 H. 24 (25. 12. 1970), S. 869.

²⁷⁾ Abgedruckt bei G. F. Duckwitz, a. a. O., S. 652.

²⁸⁾ Wiedergegeben a. a. O., S. 653.

Außenminister abgesichert, der in einen Notenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten einging²⁹⁾.

Damit hat die Bundesregierung nicht nur ihre rechtlichen Verpflichtungen und ihre politische Loyalität gegenüber ihren westlichen Verbündeten gewahrt, sondern auch eine Infragestellung des Berlin-Status und der Rechtsgrundlagen für den Zugang nach West-Berlin vermieden. Bezüglich des Verhältnisses zur DDR hat die bundesdeutsche Seite gegenüber der UdSSR die paraphierte Absichtserklärung abgegeben, sie wolle mit der DDR ein Abkommen schließen, das die „gleiche verbindliche Kraft“ haben werde wie andere von ihr geschlossene zwischenstaatliche Abkommen, und ihre Beziehungen zur DDR „auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, der Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in Angelegenheiten, die ihre innere Kompetenz in ihren entsprechenden Grenzen betreffen, gestalten“³⁰⁾. Diese Formulierungen blieben in dem Rahmen, den die Bundesregierung mit ihrer Konzeption der „innerdeutschen Beziehungen“ abgesteckt hatte. Gleichzeitig wurde der DDR damit eine Anerkennung vorenthalten, die sie als eine umfassende Souveränitätszuerkennung, namentlich auch bezüglich des West-Berlin-Verkehrs, hätte mißdeuten können.

Mit dem Moskauer Vertrag sind alle Fragen geregelt, welche die Sowjetunion im Namen der europäischen Sicherheit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland aufgeworfen hatte. Nach sowjetischer Argumentation sind damit die Hindernisse ausgeräumt, die bisher einer Regelung der gesamteuropäischen Entspannungs- und Sicherheitsprobleme im Wege standen. Allerdings ist bislang die Berlin-Frage — wiederholt der Ausgangspunkt scharfer Spannungen und Krisen — noch nicht gelöst. Da die Bundesrepublik Deutschland ihre Geschicke nicht von denjenigen West-Berlins trennen kann und die Sowjetunion in der Berlin-Frage auch das Verhalten der DDR bis zu einer bestimmten Grenze kontrolliert³¹⁾, hätte es sachlich nahegelegen, die Lage Berlins in den Kreis der für das beiderseitige Verhältnis wichtigen Probleme einzubeziehen und sich über sie in der gleichen Form zu verständigen,

wie dies hinsichtlich der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR, zur Tschechoslowakei und zu Polen geschehen ist³²⁾.

Einer derartigen Verknüpfung stand freilich ein, wie sich herausstellte, unüberwindliches rechtliches Hindernis entgegen. Da der Berlin-Status nach bundesdeutscher Auffassung auf der besatzungsrechtlichen Kompetenz der drei westlichen Schutzmächte beruht und die Bundesrepublik Deutschland zudem auf Grund der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 auf die Berlin-Verantwortlichkeit der drei Mächte festgelegt ist, konnte die sowjetische Seite mit Erfolg geltend machen, daß die Berlin-Frage nicht in die bundesdeutsche Kompetenz falle und mithin unmöglich Verhandlungsgegenstand werden könne. Außenminister Scheel und Bundeskanzler Brandt erreichten aber, daß die sowjetischen Führer den untrennbaren Zusammenhang zwischen einer Entspannung im bundesdeutsch-sowjetischen Verhältnis und einer einvernehmlichen Regelung des Berlin-Problems erkannten und danach ihr weiteres Verhalten bei den Viermächte-Verhandlungen über Berlin einzurichten zusagten. Freilich kam es nicht zu irgendeiner konkreten Absprache darüber, wie die Berlin-Frage zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst werden könne. Die Bundesregierung machte der sowjetischen Seite deutlich, daß sie erst nach erfolgter Berlin-Regelung die Ratifikation des Moskauer Vertrages in Gang setzen könne.

Innerhalb des von der UdSSR umrissenen Programms der europäischen Sicherheit hat der Moskauer Vertrag, sofern der weitere Gang der Berlin-Verhandlungen sein Inkrafttreten ermöglichen wird, alle entscheidenden Punkte entweder geregelt oder doch wenigstens in unmittelbare Reichweite gerückt. Zusammen mit dem von sowjetischer Seite angestrebten Arrangement über den Status quo in Mittel- und Osteuropa ist es zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zu einem Gewaltverzichtsabkommen gekommen, das beide Seiten in gleicher Weise verpflichtet³³⁾. Da die UdSSR immer davon ausgegangen ist,

²⁹⁾ Abgedruckt in: Das Parlament vom 26. 9. 1970.
³⁰⁾ Punkt 6 des „Bahr-Papiers“, abgedruckt u. a. in: Das Parlament vom 26. 9. 1970.

³¹⁾ Vgl. Gerhard Wettig, Der Einfluß der DDR auf die Deutschland-Politik der Warschauer-Pakt-Staaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 43/69 vom 25. 10. 1969, S. 17 ff.

³²⁾ Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR und zur ČSSR, an denen die UdSSR ein großes Interesse bekundete, kamen in der Form bundesdeutscher Absichtserklärungen zur Sprache. Hinsichtlich des Verhältnisses zu Polen erklärte die — damals bereits im diplomatischen Dialog mit Warschau stehende — Bundesregierung lediglich, daß sie das angestrebte Abkommen als einheitliches Ganzes mit den übrigen Verträgen ansehe.

³³⁾ Klaus Mehnert, a. a. O., S. 825 ff., bezweifelt mit konstruierten Gründen, ob die sowjetische Gewaltverzichtsusage eine Inanspruchnahme der UNO-Artikel 53 und 107 gegenüber der Bundes-

daß es in Europa nur im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland kriegsträchtige zwischenstaatliche Konflikte gebe, dürfte damit der sowjetische Vorschlag eines europäischen Gewaltverzichtsabkommens in seinem ausschlaggebenden Teil verwirklicht sein. Ähnlich steht es mit dem zweiten Themenkreis, auf dessen Erörterung und Regelung die Sowjetunion gedrängt hat: mit der kommerziellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen Zusammenarbeit. In seiner Präambel erklärt der Moskauer Vertrag den Ausbau all dieser Verbindungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zu einem erwünschten Ziel. Die Kooperation, welche die beiden vertragschließenden Staaten teilweise vor der Unterzeichnung des Vertrages (Erdgas-Röhren-Abkommen) und teilweise nachher (Verhandlungen über den Bau eines sowjetischen Lastwagenwerkes, Leussink-Besprechungen in Moskau) in Aussicht genommen beziehungsweise schon vereinbart haben, läßt deutlich eine beiderseitige Bereitschaft zum Ausbau der Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen erkennen. Nachdem die UdSSR schon seit langem ähnliche Austauschbeziehungen und Projekte

mit anderen westeuropäischen Staaten, namentlich mit Frankreich und Italien, besitzt, scheint die vorgeschlagene Tagesordnung für eine Sicherheitskonferenz nur noch wenig reale Substanz zu haben.

Trotzdem legt die sowjetische Regierung nach wie vor großen Wert darauf, daß die von ihr gewünschten Fragen auf einer gesamteuropäischen Konferenz behandelt werden. Das bilateral Erreichte, so wird in der einen oder anderen Form zu verstehen gegeben, müsse jetzt in multilaterale Strukturen transformiert werden. In diesem Sinne hat die sowjetische Regierung sich im Zusammenhang mit den Verhandlungen um den Moskauer Vertrag von der bundesdeutschen Seite versichern lassen, daß sie den Konferenzplan begrüße und sich für dessen Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung einsetzen wolle. Welche Vorstellungen verbindet die sowjetische Führung mittlerweile mit dem Konferenzplan? Soll vielleicht irgendein grundlegender Wandel des Systems der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa eingeleitet werden, der weit über die angeregten Tagesordnungspunkte hinausreichen würde?

Das Ost-West-Kräfteverhältnis und die Lage des westlichen Bündnisses in sowjetischer Sicht

Nach sowjetischer Einschätzung befindet sich das westliche Staatensystem, langfristig betrachtet, in einer schweren Krise³⁴⁾. Daher sind die „Kräfte des Imperialismus“ überall auf dem Rückzug vor den „progressiven Kräften“³⁵⁾. Vor allem, so heißt es, ist die Außenpolitik der westlichen Vormacht, der USA, in größte

Schwierigkeiten geraten und ist, was ihre bisherige Konzeption betrifft, zusammengebrochen. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden, nach sowjetischer Meinung, mit den Problemen ihrer Innen- und Außenpolitik nicht fertig und sind daher immer weniger in der Lage, eine Führungsrolle im westlichen Lager wahrzunehmen³⁶⁾. Aus dieser Perspektive folgt, daß die USA einen defensiven Kurs der Konservierung ihrer Positionen steuern und nach Möglichkeiten der Durchführung ihrer Außenpolitik mit möglichst geringem Aufwand suchen müssen³⁷⁾. Von der westlichen Vormacht gehen demnach keine dynamischen Impulse mehr aus. Daraus zieht man in Moskau das Fazit, der „Imperialismus“ sei schwächer geworden, könne aber, da er nach wie vor über ein mächtiges wirtschaftliches, politisches und ideologisches Arsenal gebiete, nach wie vor nicht als ein geringer Gegner angesehen

republik Deutschland wirklich zuverlässig abschließe. Die Argumentation von G. F. Duckwitz, a. a. O., S. 648, daß der Hinweis des Vertragstextes auf den UNO-Artikel 2 (der den Verzicht auf Gewalt bei der Regelung zwischenstaatlicher Probleme zum Gegenstand hat), verbunden mit der vertraglichen Verpflichtung zur Lösung aller Streitfragen „ausschließlich“ mit friedlichen Mitteln, einen Rückgriff auf die UNO-Artikel 53 und 107 nicht mehr möglich mache, überzeugt logisch mehr. Auch für P. Frank, a. a. O., S. 868, steht „die sowjetische Bereitschaft, uns ohne Einschränkung gemäß dieser Bestimmung der Charta (Artikel 2) zu behandeln, ... außer Frage“.

³⁴⁾ Vgl. die Rede Breshnews am 21. 4. 1970, in: Pravda vom 22. 4. 1970 sowie den Beitrag von Š. Sanakoev zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten Mitte August 1970, in: Meždunarodnaja žizn' (hinfort: MZ), 1970, H. 9, S. 8.

³⁵⁾ Beitrag von V. Matveev zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 10.

³⁶⁾ G. A. Arbatov, Amerikanskaja vnešnjaja politika na poroge 70-ih godov, in: SSA, 1970, H. 1, S. 21 f., 34.

³⁷⁾ S. I. Beglov, SŠA — Zapadnaja Evropa: nekotore aspeky vzaimootnošenij, in SSA, 1970, H. 6, S. 8.

werden³⁸⁾. Nach der sowjetischen Analyse müssen die Vereinigten Staaten von Amerika aber namentlich wegen der labilen Verhältnisse im Innern Einschränkungen ihrer außenpolitischen Handlungsfreiheit hinnehmen. Das führe insbesondere dazu, daß sie außerstande seien, in Europa und anderswo sich anbahnende soziale und politische Veränderungen zu verhindern³⁹⁾.

In dieser Sicht bleibt den USA keine andere Wahl, als in der NATO die Zügel zu lockern, um das Bündnis überhaupt weiter aufrechtzuerhalten⁴⁰⁾. Die gesunkene internationale Autorität der Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und die stärker gewordenen wirtschaftlichen und politischen Positionen Westeuropas andererseits ließen den amerikanischen Hegemonialeinfluß auf zunehmende westeuropäische Selbständigkeitstendenzen stoßen⁴¹⁾. Der sowjetischen Analyse zufolge, setzen sich aufgrund dieser Lage die Amerikaner und die westeuropäischen Staaten in gewissem Ausmaß wechselseitig matt. Demnach müssen die USA in der NATO auf viele Wünsche ihrer Bündnispartner eingehen⁴²⁾ und können es sich nicht leisten, diese durch eine Ablehnung der sowjetischen Vorschläge zur europäischen Sicherheit vor den Kopf stoßen⁴³⁾, aber gleichzeitig können sich die Westeuropäer nur sehr schwer von der amerikanischen Vormundschaft befreien, insbesondere weil sie mit der Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte auf dem Kontinent zu rechnen haben und wegen ihrer technologischen Anhänglichkeit keinen Bruch riskieren können⁴⁴⁾. Außerdem suchen die USA ihre Rolle als Schutz- und Garantmacht Westeuropas auszuspielen, um eine Lastenverteilung

in ihrem Sinne durchzusetzen⁴⁵⁾. Aus all diesen Situationsdeutungen leitet die sowjetische Seite die These von den wachsenden „zwischenimperialistischen Widersprüchen“ zwischen beiden Seiten des Nordatlantiks ab, denen gelegentlich sogar zwar nicht militärische, aber doch unversöhnlich-antagonistische Formen im Sinne eines „zwischenimperialistischen Kampfes“ zugeschrieben werden⁴⁶⁾.

Wie dargelegt wird, haben die herangereiften Widersprüche zwischen den westlichen Staaten die Macht der NATO untergraben. Die westeuropäischen NATO-Länder hätten die amerikanischen Erwartungen enttäuscht, daß sie sich als Werkzeuge der amerikanischen Globalstrategie (beispielsweise im Zusammenhang mit dem Vietnam-Konflikt) gebrauchen lassen würden. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten diesseits und jenseits des Nordatlantik bestünden nach Moskauer Diagnose auch hinsichtlich der NATO-Prämisse von der sowjetischen Bedrohung, die als grundlegende Rechtfertigungsthese des Bündnisses gesehen wird. Die Amerikaner, so wird ausgeführt, suchten diese These zur Disziplinierung der NATO zu verwenden, wohingegen die westeuropäischen Partner sie, zumindest in ihrem praktischen Verhalten (Übernahme von Verteidigungslasten), wenig ernst nähmen⁴⁷⁾. Außerdem glaubt man in Moskau, daß sich die westeuropäischen Länder der amerikanischen Nukleargarantie für ihre Sicherheit gegenüber der UdSSR zunehmend ungewiß fühlen, seit der Einsatz amerikanischer Kernwaffen angesichts des veränderten militärstrategischen Kräfteverhältnisses einen vernichtenden sowjetischen Gegenschlag auf die USA heraufbeschwören würde⁴⁸⁾. Der immer gegensätzlicher werdende Charakter der NATO-Innenbeziehungen soll sich auch auf andere Bereiche auswirken. Nach sowjetischer Einschätzung sind die Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich des von ihnen früher forcierten Prozesses der westeuropäischen Integration desillusioniert. Die Amerikaner, so wird aus-

³⁸⁾ A. Iskenderov, *Meždunarodnyj rabočij klass i antiimperialističeskaja bor'ba*, in: MŽ, 1970, H. 11, S. 5.

³⁹⁾ G. A. Arbatov, a. a. O., S. 22, 27–32; A. Iskenderov, a. a. O., S. 5 ff.; Beiträge von L. Vidjasova und L. Zav'jalov zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 30, 35–39.

⁴⁰⁾ A. Goročov, *Vstupaja v 70-e gody*, in: MŽ, 1970, H. 1, S. 11 f.

⁴¹⁾ S. I. Beglov, a. a. O., S. 4; I. Ivanova, *Antikomunizm i koncepcija „Atlantičeskogo Soobščestva“*, in: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija* (hinfort: MÉMO), 1970, H. 6, S. 7; Beitrag von L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 30 f.; M. Bunkina, *Novyj etap meždunarodničeskogo soperničestva*, in: MÉMO, 1970, H. 9, S. 60 ff.

⁴²⁾ Beitrag von L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 32.

⁴³⁾ N. Jur'ev, *Evropejskaja bezopasnost' — trebovanie vremeni*, in: MŽ, 1970, H. 7, S. 4.

⁴⁴⁾ S. I. Beglov, a. a. O., S. 6, 12; Beiträge von V. Matveev und L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 11, 33; N. Jur'ev, a. a. O., S. 4.

⁴⁵⁾ A. Aleksandrov, *Tekuščie problemy mirovoj politiki*, in: MÉMO, 1970, H. 7, S. 90.

⁴⁶⁾ So M. Bunkina, a. a. O., S. 55, 60. — In dem Beitrag von L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 35, wird es auf die gemeinsame klassenbedingte Abwehrstellung der westlichen Staaten gegen die „historische Offensive“ des Sozialismus zurückgeführt, daß es zwischen ihnen zu keinen militärischen Zusammenstößen komme. Ähnlich äußert sich S. I. Beglov, a. a. O., S. 7.

⁴⁷⁾ I. Ivanova, a. a. O., S. 5; *Nerazrešimye problemy NATO*, in: SŠA, 1970, H. 12, S. 68.

⁴⁸⁾ S. I. Beglov, a. a. O., S. 8; L. Jur'eva, *Novye memuary generala de Gollja*, in: MŽ, 1970, H. 12, S. 96.

geführt, sind zu der Einsicht gelangt, daß die westeuropäische Integration keineswegs der automatische Motor einer NATO-Integration geworden ist, den sie sich davon erhofft hatten, und haben kein Interesse mehr an einer weiteren Vereinigung der westeuropäischen Staaten⁴⁹⁾.

Die wachsende Auseinanderentwicklung der Richtungen des Atlantismus und des Europäismus hat in sowjetischer Sicht in erheblichem Ausmaß wirtschaftliche Hintergründe. Die ökonomische Position der USA ist danach durch deren passive Handelsbilanz angeschlagen, die vor allem durch die Wirtschaftsleistungen der EWG hervorgerufen wird. Demzufolge verbreitet sich in den Vereinigten Staaten von Amerika Sorge über die wirtschaftliche Expansion der EWG. Mithin, so heißt es, bestimmen zahlreiche Finanzstreitigkeiten und Währungsprobleme das Verhältnis zwischen beiden Wirtschaftsblöcken, und die führenden amerikanischen Kreise nehmen gegenüber der EWG eine weitaus negativere Haltung ein als früher⁵⁰⁾. Alle Anzeichen für einen sich anbahnenden „Handelskrieg“ zwischen den USA und der EWG stoßen auf größtes Interesse⁵¹⁾. Neben wirtschaftlichen Gegensätzen sieht man in Moskau noch politische Differenzen. Nachdem im „imperialistischen Lager“ an der Seite der USA weitere selbständige und ebenbürtige Machtzentren entstanden sind, können Reibereien um wechselseitige Geltungsansprüche nicht ausbleiben. In dem amerikanisch-atlantischen „Immobilismus“ wird ein Faktor gesehen, der in Westeuropa immer stärkeren Widerstand hervorruft⁵²⁾.

Trotz der Auffassung, daß die westeuropäische Integration sehr erwünschte Tendenzen des Antiamerikanismus erkennen lasse, stehen die sowjetischen Beobachter der EWG mit gemischten Gefühlen gegenüber. Fast alle von ihnen unterstreichen, daß, ungeachtet aller objektiven Unfähigkeit, in entscheidenden Fragen zu einer gemeinsamen Linie zu gelangen, die Vereinigten Staaten von Amerika und die westeuropäischen Länder doch letztlich von einer Gemeinsamkeit der Klasseninteressen gegenüber der UdSSR und ihren Verbündeten

bestimmt seien. Darüber hinaus erscheint es als ein wesentlicher Sinn des westeuropäischen Zusammenschlusses, die Positionen der „westeuropäischen Monopolbourgeoisie“ gegenüber den kommunistischen Ländern Osteuropas zu festigen — ein Existenzgrund, für den die sowjetische Seite begrifflicherweise wenig Sympathie empfindet. Die westeuropäischen Gemeinschaften haben daher für die UdSSR gleichzeitig eine positive und eine negative Funktion: die Funktion, die „Widersprüche des imperialistischen Lagers“ zu konsolidieren und zu vertiefen, und die Funktion, die Etappen der „antisozialistischen Front“ zu stärken und somit einen Beitrag zur „gesamt-imperialistischen Strategie gegen die sozialistischen Staaten“ zu leisten⁵³⁾.

Auf dem politischen Schauplatz Westeuropas haben sich die Verhältnisse nach sowjetischer Ansicht ebenfalls stark verändert. Besonders deutlich tritt in das Gesichtsfeld, daß sich die Politik Frankreichs, aber auch die der Bundesrepublik Deutschland von fremden Einflüssen weithin emanzipiert hat⁵⁴⁾. Daher erscheinen nunmehr drei Staaten als Rivalen um die Führung in Westeuropa: Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland⁵⁵⁾. Die neue Konstellation, die sich als Folge des Abtritts de Gaulles von der politischen Bühne ergeben hat, wird nüchtern beurteilt: Frankreich rückt von seinem kategorischen Nein gegen den britischen EWG-Beitritt ab, die schon traditionelle Spannung zwischen Großbritannien und Frankreich macht einer beiderseitigen Annäherung Platz, und die EWG schickt sich an, den Weg zu einer übernationalen Organisation einzuschlagen⁵⁶⁾.

Quer durch die verschiedenen westeuropäischen Länder sehen die außenpolitischen Analytiker der UdSSR einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen einer atlantischen und einer europäischen Richtung gehen: Die Atlantiker wollen den sich verringernden amerikanischen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas durch einen höheren Beitrag der westeuropäischen Länder ausgleichen und damit also so etwas wie eine „europäisierte NATO“ zustande bringen⁵⁷⁾, während viele Gegenkräfte einer ge-

⁴⁹⁾ O. Bykov, a. a. O., S. 136; M. Bunkina, a. a. O., S. 62.

⁵⁴⁾ Beitrag von L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 30.

⁵⁵⁾ A. Aleksandrov, a. a. O., S. 88.

⁵⁶⁾ Beitrag von L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 33; A. Aleksandrov, a. a. O., S. 89; Äußerungen des 1. Sekretärs der sowjetischen Botschaft in Bonn, Popov, während einer Diskussion in der Politischen Akademie Eichholz am 9. 9. 1970.

⁵⁷⁾ S. I. Beglov, a. a. O., S. 10.

⁴⁹⁾ I. Ivanova, a. a. O., S. 7; O. Bykov, Imperialističeskaja integracija i antikommunizm, in: MEMO, 1970, H. 9, S. 136 f.

⁵⁰⁾ S. I. Beglov, a. a. O., S. 4 f.; A. Aleksandrov, a. a. O., S. 89.

⁵¹⁾ Beitrag von L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 32.

⁵²⁾ Beitrag von L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 30 f.; Nezrešimye problemy NATO, a. a. O., S. 68.

samteuropäischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion den Vorzug geben⁵⁸). Dabei haben sich, so wird hinzugefügt, im Vergleich zu früheren Jahren die Bedingungen insofern gewandelt, als in Westeuropa das Interesse an einer Kooperation mit den östlichen Staaten gewachsen ist und eine neue Generation nicht länger den Bahnen des Kalten Krieges zu folgen gewillt ist.

Die innere Situation in den einzelnen westeuropäischen Ländern wird in Moskau ebenfalls aufmerksam verfolgt. Der Kurs, den das gaullistische Frankreich unter Pompidou steuert, wird als Politik der allmählichen westeuropäischen Integration, als Streben nach nationaler Selbständigkeit im Verhältnis zu den USA und teilweise auch zur Bundesrepublik Deutschland und als eine zwar begrenzte, aber durchaus vorhandene Solidarität mit den westlichen Bündnispartnern gedeutet⁵⁹). Der Antiatlantismus freilich überdauere de Gaulle⁶⁰). Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß das gaullistische Frankreich zwar weiterhin ein wichtiger Faktor im sowjetischen Kalkül darstellt, aber die von ihm in der Vergangenheit erhoffte Rolle eines Veruneinigers der westlichen Welt nicht spielt. Neu bewertet wird die Bundesrepublik Deutschland. Sie wird zu denjenigen Staaten in der NATO gerechnet, die sich von der Unbeweglichkeit der amerikanischen Ostpolitik lösen⁶¹). Man bescheinigt ihr den Übergang zu einem realistischeren Verhalten gegenüber der UdSSR, legt sich aber zugleich auch Rechenschaft darüber ab, daß Bonn an seiner bisherigen atlantischen und westeuropäischen Politik festhält. Gleichwohl glaubt man in verschiedenen Bereichen

Tendenzen zu einer gewissen Verselbständigung gegenüber den USA und der NATO verzeichnen und feststellen zu können, daß sich in den Vereinigten Staaten allmählich die Einsicht verbreite, die gestärkte Rolle des westdeutschen Staates könne zu dessen Lösung aus dem Einvernehmen mit den USA führen⁶²).

Der Bonner Regierungswechsel vom Oktober 1969 erscheint als eine positive Wende in der westdeutschen Politik. Darüber hinaus wird es Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel persönlich zugute gehalten, daß ein diplomatischer Ausgleich mit der UdSSR erreicht worden ist⁶³). Die politische Veränderung in Bonn ist nach sowjetischer Ansicht zwar Ausdruck eines allgemeinen Erstarkens fortschrittlicher und friedliebender Kräfte in Westdeutschland, hat aber zugleich zu einer außerordentlichen Verstärkung der Tätigkeit aller friedensabotierenden und reaktionären Kräfte geführt, die im politischen Umkreis der NPD und der CDU/CSU angesiedelt werden. In zahllosen Kommentaren wird, häufig im Tone der Besorgnis, der Stand der Machtverteilung zwischen den Regierungsparteien und den Oppositionsgruppen untersucht. In Streitfragen, wo die sowjetische Führung in einem Gegensatz zur Bundesregierung steht, wird im allgemeinen die Polemik stellvertretend gegen die „reaktionäre CDU/CSU“ gerichtet oder aber die offizielle Bonner Haltung mit Rücksichtnahmen auf die innenpolitischen Gegner erklärt. Seit dem Spätherbst 1970 läßt sich eine deutliche Tendenz zur politischen Differenzierung innerhalb der CDU feststellen. Wie es heißt, setze auch dort ein Gärungsprozeß ein, weil wichtige Persönlichkeiten und Gruppen zu erkennen begännen, daß der Ausgleich mit der Sowjetunion unerläßlich sei⁶⁴).

⁵⁸) Ju. Rachmaninov, Sovetsko-francuzskie otnošenija i bezopasnost' Evropy, in: MŽ, 1970, H. 10, S. 31.

⁵⁹) Ja. Bronin, K social'no-političeskoj charakteristike vnešnej politiki gollizma, in: MEMO, 1970, H. 3, S. 84—87; T. Vladimirov, Sovetskij Sojuz — Francija: važny šag vzaimootnošenij, in: MŽ, 1970, H. 11, S. 92.

⁶⁰) V. Vasil'ev, O nekotorych faktorach sovremennoj meždunarodnoj žizni, in: MŽ, 1970, H. 4, S. 93.

⁶¹) Beitrag von L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 31.

⁶²) V. Repnickij, Voenno-promyšlennaja integracija v ramkach NATO, in: MŽ, 1970, H. 5, S. 90; V. Glazunov, Bundesver v političeskoj žizni FRG, in: MŽ, 1970, H. 7, S. 61; Beitrag von L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 31.

⁶³) V. Ežov/V. Syrokomsnij, Svežye vetry nad Rejnom, in: Literaturnaja gazeta vom 2. 12. 1970.

⁶⁴) Vgl. etwa D. Mel'nikov, Sovetsko-zapadnogermanskij dogovor i razmeževanie političeskich sil v FRG, in: MEMO, 1970, H. 12, S. 19.

Auf der Basis der dargelegten Situationseinschätzung definiert die sowjetische Führung die Ziele, die sie gegenüber den westlichen Staaten verfolgt. Eine der Leitformeln dafür ist die „Entwicklung der inneren Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten“. Im einzelnen wird erläutert, die sowjetische Entspannungspolitik durchkreuze die Bemühungen der Imperialisten, die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze mittels einer Politik der Spannung gegenüber den sozialistischen Ländern zu überwinden⁶⁵). Immer wieder findet sich das Argument, mit der Beseitigung des „Mythos von der Bedrohung aus dem Osten“ werde die NATO ihres tragenden Rechtfertigungsgrundes beraubt. Demnach soll also eine Änderung des öffentlichen Bewußtseins in Westeuropa dem nordatlantischen Bündnis allmählich seine politische Basis entziehen. Das ist eine alte Vorstellung der sowjetischen Seite: Bereits seit Mitte der sechziger Jahre ist hiervon die Rede gewesen. Dementsprechend heißt es dann, die Politik der europäischen Sicherheit richte sich gegen die NATO oder stelle eine Alternative zur NATO dar. Es wird ausdrücklich formuliert, daß die NATO-Krise ausgenutzt werden müsse⁶⁶). Auch die „atlantische Disziplin“ bildet ein ausdrückliches Angriffsziel⁶⁷). Gegen alle Versuche einer politischen Stärkung, einer organisatorischen Erneuerung oder einer militärischen Vermehrung der NATO richtet sich dementsprechend das Verdikt, diese Maßnahmen bedeuteten eine Sabotierung der europäischen Sicherheit.

Die außenpolitischen Sachverständigen der Sowjetunion halten auch spezifische Argumente bereit, um die Westeuropäer von dem Nutzen einer NATO-Abkehr zu überzeugen. Eines davon zielt auf die amerikanische Kernwaffengarantie für den Schutz und die Sicherheit Westeuropas vor der UdSSR. Auf die westlichen Abschreckungsdiskussionen von Anfang und Mitte der sechziger Jahre zurückgreifend, erklärt die sowjetische Seite, seit dem Bestehen einer sowjetischen Fähigkeit zum vernichtenden nuklearen Gegenschlag gegen den nordamerikanischen Kontinent sei es höchst unwahrscheinlich geworden, daß die USA im Ernstfall ihre nukleare Macht zur Verteidigung Westeuropas einsetzen würden, wenn dieses von ihnen in einen militärischen

Konflikt mit der Sowjetunion verwickelt worden sei. Die Westeuropäer hätten also in der NATO die ihnen von den Amerikanern auferlegten Lasten und Risiken zu übernehmen, ohne dafür etwas anderes als eine zweifelhaft garantierte Sicherheit zu erhalten. Wenn die westeuropäischen Staaten sich statt dessen mit der UdSSR über die Fragen der europäischen Sicherheit verständigen würden, biete sich ihnen ein Ausweg aus ihrer mißlichen Lage⁶⁸). Daneben ist von der wirtschaftlichen Schwere der NATO-Verteidigungslasten die Rede, deren die Westeuropäer sich entledigen könnten, indem sie den gesamteuropäischen Ausgleich mit der Sowjetunion suchten. Erst wenn sie die Basis des Antisowjetismus und der Westbindungen verließen, können sie ihre wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten frei und unbelastet entfalten⁶⁹).

Die sowjetische Führung möchte auch die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die sie auf Grund der inneren Ergänzungsbedürfnisse ihres Landes mit den westeuropäischen Staaten, namentlich auch mit der Bundesrepublik Deutschland weiterzuentwickeln sucht, als Ansatzpunkte für Einflußnahmen auf die politische Orientierung Westeuropas verwenden. Einerseits wird erwartet, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern hinsichtlich ihres Interesses am Osthandel zu einer weiteren Entfaltung bestehender Gegensätze führen werden. Andererseits geht die Berechnung dahin, daß mit der Zunahme der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen West- und Osteuropa die ökonomischen Probleme im Verhältnis der Amerikaner und der Westeuropäer vermehrt und die politischen Blicke der westeuropäischen Regierungen immer mehr nach Osten gerichtet werden können. „Auf diese Weise verstärkt die Entwicklung der wirtschaftlichen Verbindungen und der politischen Kontakte zwischen den beiden Systemen unweigerlich den Interessenkonflikt zwischen den kapitalistischen Staaten.“ Durch den aktiven Einsatz wirtschaftlicher Mittel können demnach die sozialistischen Länder eine „neue Ebene der zwischenimperialistischen Rivalität“ schaffen, und zwar gemäß der leninistischen These, daß die Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Kapitalismus die Triebkraft der zwischenimperialistischen Widersprüche ist⁷⁰).

⁶⁵) Beitrag von S. Sanakoev zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 8.

⁶⁶) M. Bunkina, a. a. O., S. 62.

⁶⁷) A. Gorochov, a. a. O., S. 7.

⁶⁸) S. I. Beglov, a. a. O., S. 8.

⁶⁹) S. I. Beglov, a. a. O., S. 11 ff.

⁷⁰) M. Bunkina, a. a. O., S. 55 ff.

Die Sowjetunion ist, obwohl sie gegenwärtig keine andere realpolitische Möglichkeit sieht, als mit der Existenz der EWG als eines sich fortentwickelnden Organismus zu rechnen, im Sinne dieser Konzeption nicht daran interessiert, in Westeuropa wirtschaftlich statt mit einzelnen Staaten künftig mit einer einzigen Gemeinschaft zu tun zu haben. Wenn der supranationale Ausbau der EWG tatsächlich in den nächsten Jahren Wirklichkeit wird, ist es für Moskau zweckmäßig, durch vorangehende Handelsabkommen mit einzelnen Mitgliedstaaten sozusagen schon einen Fuß in der Tür zu haben. Als besser würden es die Männer im Kreml freilich ansehen, wenn es gar nicht erst zu einer supranationalen Fortentwicklung der EWG kommen würde. In der Parole eines gesamteuropäischen Arrangements und in dem Zusammentreten einer Sicherheitskonferenz, auf der es zu Diskussionen und Regelungen der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen kommen könnte, sieht die sowjetische Führung geeignete Gegenmittel. In den westeuropäischen Ländern suchen sowjetische Abgesandte ihr Publikum davon zu überzeugen, daß eine supranationale Organisation der EWG „verfrüht“ sei, daß die UdSSR eine wirtschaftliche Diskriminierung durch eine exklusiv strukturierte EWG nicht akzeptieren könne und daß eine europäische Integration nur in gesamteuropäischem Rahmen und in allmählicher Form Sinn habe ⁷¹⁾.

Dem Moskauer Vertrag kommt im Zusammenhang der sowjetischen Westpolitik eine wichtige Funktion zu. Einem „Pravda“-Kommentar vom 22. August 1970 zufolge, ist er „gerichtet auf die Sanierung des politischen Klimas in Europa und die Schaffung zuverlässiger Bastionen der Sicherheit auf unserem Kontinent“ und „entspricht den langfristigen Interessen des Friedens“. In Klartext übersetzt, heißt das, daß die politische Atmosphäre in Europa durch eine Entspannung des bundesdeutsch-sowjetischen Verhältnisses aufgelockert werden soll, damit sich bessere Chancen für eine Verwirklichung der sowjetischen Vorstellungen von einer europäischen Sicherheit ergeben. Ins Auge gefaßt wird dabei ein auf lange Sicht angelegter allmählicher Veränderungsprozeß. Das zeigt sich heute vor allem darin, daß die Sowjetunion viele ihrer Wünsche nicht mehr zur Vorbedingung eines besseren Ost-West-Verhältnisses macht, sondern statt dessen hofft, daß ein verbessertes Ost-West-Verhältnis schließlich Auswirkungen in ihrem Sinne zeitigen

⁷¹⁾ So Botschaftssekretär Popov während einer Diskussion in der Politischen Akademie Eichholz am 9. 9. 1970.

wird. Im einzelnen heißt es, den Gegnern einer Konferenz über europäische Sicherheit schwinde durch die Prinzipien des Moskauer Vertrages (Gewaltverzicht und friedliche Zusammenarbeit) der Boden unter den Füßen ⁷²⁾. Es ist auch davon die Rede, daß der Abschluß des Vertrages ein neues Kräfteverhältnis in Europa anzeige ⁷³⁾ und das Scheitern der Konzeption demonstriere, die der NATO zugrunde liege ⁷⁴⁾. Der Vertrag gilt als Katalysator, der die Einberufung einer Konferenz über europäische Sicherheit beschleunigt, und als Faktor, der günstige Voraussetzungen für deren Erfolg schafft.

Wichtig erscheint der sowjetischen Seite ferner, daß der Moskauer Vertrag „grundlegende Friedensprinzipien“ wie die „organische Verbindung der Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen mit dem Verzicht auf die Anwendung von Gewalt“ anerkennt und damit einen Zündstoff beseitigt, der den Kalten Krieg angefacht habe ⁷⁵⁾. Mit Befriedigung stellte die „Pravda“ am 18. August 1970 fest, diejenigen, die sich daran gewöhnt hätten, die Bundesrepublik Deutschland als Instrument der aggressiven NATO-Blockinteressen anzusehen (das heißt also die Amerikaner), müßten sich nun darauf umstellen, daß sie ihre Eigeninteressen wahrnehme. Radio Moskau sprach in einer Inlandsendung vom 27. August 1970 hiervon als von einer „Bedrohung der imperialistischen Interessen in Europa“. Moskau erhofft sich also von dem Vertrag mit Bonn eine allmähliche Lockerung des Verhältnisses zwischen Westdeutschland und den USA. Unter sowjetischen Sachverständigen ist davon die Rede, daß mit der Regelung der bundesdeutsch-osteuropäischen Streitfragen die Probleme eliminiert seien, welche die Orientierung der Bundesrepublik Deutschland auf die USA und auf die NATO bedingt und den besonderen Beziehungen zwischen Bonn und Washington zugrunde gelegen hätten ⁷⁶⁾.

Mit ihrer Deutschland- und Europa-Politik sucht die sowjetische Führung nicht nur auf die westliche Außenpolitik im engeren Sinne einzuwirken. Sie möchte vielmehr auf breiter Ebene das gesellschaftliche Bewußtsein in den westeuropäischen Ländern beeinflussen, das die Außenpolitik gegenüber der UdSSR bestimmt. Dem-

⁷²⁾ Radio Moskau in russischer Sprache am 7. 9. 1970.

⁷³⁾ Radio Moskau in russischer Sprache am 27. 8. 1970.

⁷⁴⁾ Otpoved' fal'sifikatoram, in: Pravda vom 23. 9. 1970.

⁷⁵⁾ A. Gorochov, a. a. O., S. 9 ff.

⁷⁶⁾ Beitrag von L. Vidjasova zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 31.

zufolge wird immer wieder die „Entlarvung des Antikommunismus“ zur Aufgabe erklärt. Auf sowjetischer Seite ist man sich auch sehr klar dessen bewußt, daß man mit außenpolitischen Handlungen innenpolitische Konstellationen in anderen Ländern beeinflussen kann. Der sowjetischen Politik der europäischen Sicherheit und, soweit es speziell die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland betrifft, auch dem Moskauer Vertrag wird daher unter anderem die Funktion zugewiesen, die innenpolitischen Kräfte des Westens zu scheiden und dabei den „aggressiv antisowjetischen“ oder „militant-reaktionären“ Flügel in eine Isolierung zu manövrieren.

Den kommunistischen Parteien Westeuropas, deren innenpolitische Interessen seit langem in der sowjetischen Außenpolitik wenig berücksichtigt werden (ein eklatantes Beispiel hierfür war das sowjetische Liebeswerben um de Gaulle, der im Inneren eine ausgesprochen antikommunistische Linie verfolgte), wird dann rechtfertigend erklärt, der sowjetische Kurs der europäischen Sicherheit ziele darauf ab, die Gegner auf der politischen Rechten mattzusetzen und einen Aufschwung der „friedliebenden“ und „progressiven“ Kräfte einzuleiten. Diese Argumentation beruht auf der Gleichsetzung des der Sowjetunion außenpolitisch Dienlichen mit den innenpolitischen Interessen der nicht-regierenden kommunistischen Parteien — zwei Aspekte, die in Wirklichkeit nur allzu häufig divergieren. In diesen Zusammenhang gehört auch die Neubewertung, die der westdeutschen Sozialdemokratie seit dem Frühjahr 1969 zuteil geworden ist. In dem Maße, wie die sowjetische Führung erkannte, daß die SPD den Willen und die Macht zu einer bundesdeutschen Politik des Ausgleichs mit der UdSSR besaß, wurde die Polemik gegen sie gedrosselt und eine positive Beurteilung eingeführt — sehr zum Leidwesen der deutschen Kommunisten in der DKP und in der SED, welche die politische Konfrontation zur SPD und das Bild von einer bössartigen, feindseligen Sozialdemokratie für eine innenpolitische Notwendigkeit erachten.

Die sowjetische Führung geht heute im Unterschied zu früheren Jahren auch dort von den bestehenden Realitäten aus, wo diese nicht in ihrem Sinne sind. Sie hat davon abgesehen, die Bindungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Westmächten und insbesondere zu den Vereinigten Staaten von Amerika zum Hindernis einer bundesdeutsch-sowjetischen Entspannung zu machen. Durch frühere Erfahrungen wußte sie, daß keine Aussicht bestand, die außenpolitische Orientierung der Bundes-

republik Deutschland auf diese Weise in Frage zu stellen. Auch die bundesdeutsche NATO-Solidarität, die in der Vergangenheit häufig als Erweis für die angeblich aggressive, friedensfeindliche und revanchistische Politik der Bundesregierung hatte erhalten müssen, wird widerspruchslos hingenommen. Existenz und weiterer Ausbau der EWG werden als Gegebenheiten verstanden, auf die man sich wohl oder übel einstellen muß. Das alles heißt freilich nicht, daß die Sowjetunion darauf verzichten will, auf eine Änderung dieser Sachverhalte hinzuwirken, und daß sie sich dabei nicht der Möglichkeiten bedienen würde, die ihr die Politik der europäischen Sicherheit eröffnen kann. Ganz im Gegenteil: Was früher politische Strategien der Spannung und der Anschuldigung nicht zuwege brachten, soll nun durch Mittel der Entspannung und der Beeinflussung angestrebt werden. Die sowjetische Politik der europäischen Sicherheit ist mutmaßlich nicht zuletzt durch die Einsicht bestimmt, daß eine politische Strategie der Entspannung auf die Dauer die gewünschten Ziele vielleicht eher näherbringen könnte als ein drohendes und forderndes Verhalten, das die westlichen Staaten immer wieder zur Zurückstellung ihrer Differenzen, zur Einigung und zur Übernahme großer politischer wie militärischer Bündnisverpflichtungen veranlaßt hat.

Von daher sollte es nicht überraschen, wenn die sowjetische Seite die neuen Konstellationen, die sich im Zuge der Entspannung ergeben haben und noch ergeben können, sorgfältig auf alle Ansatzpunkte hin untersucht, die sie für eine Durchsetzung ihrer Ziele bieten könnten. Freilich sollte man diese Ziele erkennen und im Auge behalten: Denn da es von dem Verhalten der anderen Staaten abhängt, inwieweit die sowjetischen Berechnungen aufgehen, muß man diese natürlich gut kennen, um ihnen gegebenenfalls entgegenwirken zu können. Indem aber die UdSSR das Medium der Entspannung wählt, um darin ihre Ziele zu verfolgen, bietet sich für die westlichen Staaten eine Chance, daß, wenngleich ganz sicherlich nicht so etwas wie ein selbsttätiger Friede ausbricht⁷⁷⁾, doch ein sich weiter vom Kriege weg entfernender Zustand erreicht werden kann.

⁷⁷⁾ Es wäre gefährlich zu meinen, daß die Anstrengungen, die bisher den „negativen Frieden“, d. h. die Abwesenheit von Krieg, möglich gemacht haben, nun auf einmal nicht mehr nötig wären. Einige aktuelle Erwägungen hierzu finden sich bei Paul Frank, Sicherheitsprobleme im Lichte des Moskauer Vertrages, in: Europa-Archiv, 1970, H. 24 (25. 12. 1970), S. 867—876.

Sowjetische Vorstellungen für Veränderungen am System der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa

Neben der Absicht zur Einflußnahme auf die Politik anderer Staaten ist auch der Wunsch nach Änderungen des bestehenden europäischen Staatensystems eine mögliche Komponente der sowjetischen Politik der europäischen Sicherheit. Es stellt sich also die Frage, inwieweit die UdSSR die Art der Staatenbeziehungen in Europa grundlegend verändern will. Erste Hinweise hierauf könnte der Rahmen bieten, in den die sowjetische Regierung die vorgeschlagene Konferenz für europäische Sicherheit stellen will. Da ist zunächst einmal die Frage der Tagesordnung. Die sowjetische Regierung hat zwar die Erörterung anderer Punkte als die von ihr genannten nicht grundsätzlich ausgeschlossen, aber doch mit dem Verlangen, es dürften keine für irgendwelche Konferenzteilnehmer unannehmbare oder allzu komplexe, aufhaltende Themen zur Diskussion gestellt werden, sehr restriktive Zulassungsbedingungen aufgestellt. Praktisch läuft der sowjetische Standpunkt darauf hinaus, daß nur diejenigen Fragen erörtert werden können, die auch für Moskau interessant oder doch wenigstens genehm sind. Mit dieser Argumentation wurde zunächst der Aufnahme der Entspannung im zwischendeutschen Verhältnis in die Konferenzagenda und dann dem Verlangen des NATO-Rates nach einer einvernehmlichen Berlin-Regelung vor dem Zusammentritt einer Sicherheitskonferenz widersprochen. Außerdem hieß es, es gelte zu verhindern, daß die künftige Konferenz zum Forum des Dialogs zwischen den beiden Blöcken werde, weil das dem gesamteuropäischen Charakter der Beratung zuwiderliefe, der unter anderem in einer bedeutsamen Rolle der neutralen Länder zum Ausdruck kommen müsse.

Mit dieser Begründung wurde bis Mitte 1970 jegliche Einbeziehung der Frage abgelehnt, ob sich die Staaten der NATO und des Warschauer Paktes nicht über eine ausgewogene Verminderung ihrer beiderseitigen Streitkräfte verständigen könnten. Als im Westen unüberhörbar geltend gemacht wurde, eine Sicherheitskonferenz, die nicht über dieses entscheidende Sicherheitsproblem sprechen dürfe, werde wenig Sinn haben, gestand Moskau schließlich eine von den anderen Tagesordnungspunkten gesonderte Behandlung der Frage zu, verbreitete aber weiterhin die Ansicht, daß diese Frage jetzt noch nicht spruchreif sei⁷⁸⁾. Offensichtlich geht es darum, einen

⁷⁸⁾ Beispielsweise in deutschsprachigen Sendungen von Radio Moskau und Radio Frieden und Fortschritt am 25. 8. 1970.

Verhandlungszusammenhang zwischen dieser Frage und anderen, sowjetischerseits interessierenden Themen zu verhindern⁷⁹⁾. Die sowjetische Unwilligkeit erklärt sich daraus, daß Moskau damit rechnet, auch ohne Gegenleistungen von seiner Seite werde es zu erheblichen Teilabzügen der amerikanischen Streitkräfte aus Europa kommen⁸⁰⁾. Insgesamt ergibt sich der Eindruck, daß davon, wie bestimmte politische oder militärische Beziehungen zwischen den Staaten beider Bündnisse neu geregelt werden könnten, auf der Sicherheitskonferenz möglichst keine Rede sein soll.

Gleichzeitig jedoch hat die Sowjetunion seit dem Herbst 1969 allmählich immer stärker hervortreten lassen, daß sie, ausgehend von der vorgeschlagenen Sicherheitskonferenz, irgendeine Institutionalisierung des gesamteuropäischen Zusammenhangs anstrebt und damit Ansätze zu Veränderungen an den zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa zu gewinnen sucht. Seit dem Winter 1969/70 taucht die Vokabel „System der europäischen Sicherheit“ in den sowjetischen Verlautbarungen auf. Wenig später kam die Version auf, daß eine Serie von Konferenzen zur Lösung der europäischen Sicherheitsprobleme stattfinden solle. Etwa gleichzeitig wurde auch die Möglichkeit angedeutet, daß aus der Konferenz ein permanentes Organ — also eine regionale Organisation der beteiligten Staaten — hervorgehen könne. Alle diese Elemente gingen dann in das Budapester Memorandum vom 22. Juni 1970 ein. In der Folgezeit war dann von der *Notwendigkeit* eines permanenten Konferenzorgans die Rede⁸¹⁾. Daran schließt sich der Vorschlag einer multilateralen Konferenzvorbereitung an, die zuletzt im Sinne einer Vorkonferenz auf der Ebene etwa von Botschaftern konkretisiert wurde⁸²⁾. In diesem Zusammenhang wird der vorgeschlagene multilaterale Gewaltverzichtsvertrag, der die geschlossenen beziehungsweise noch zu schließenden bilateralen Gewaltverzichtsverträge ergänzen und vollenden soll, als ein entscheidender Schritt des Überganges zu einem re-

⁷⁹⁾ Vgl. die Darlegungen von N. Jur'ev, a. a. O., S. 4 f.; Ju. Rachmaninov, a. a. O., S. 38.

⁸⁰⁾ Offen ausgesprochen von V. Šachov, Put' k rešeniju nasuščich problem Evropy, in: MZ, 1970, H. 1, S. 18 f.

⁸¹⁾ Novyj etap podgotovki obščevropejskogo soveščanija (Leitartikel), in: MZ, 1970, H. 8, S. 3 f.; Ju. Rachmaninov, a. a. O., S. 38.

⁸²⁾ Ju. Rachmaninov, a. a. O., S. 7; A. Gorochov, a. a. O., S. 11.

gionalen Rahmen der Staatenbeziehungen in Europa dargestellt. Dabei denkt die sowjetische Seite unter anderem wesentlich daran, den regionalen Rahmen zur Festlegung von Normen und Prinzipien der wechselseitigen Zusammenarbeit zu verwenden⁸³⁾.

In den sowjetischen Verlautbarungen finden sich gelegentlich Aussagen, nach denen eine sehr weitreichende Änderung des Systems der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa das Ziel ist. Die Politik der europäischen Sicherheit erscheint dann als ein Kampf gegen die von der NATO verfolgte Politik der militärischen Abschreckung und des militärischen Gleichgewichts⁸⁴⁾. Das könnte so gedeutet werden, daß es der UdSSR in Europa um die Ersetzung des Abschreckungssystems durch ein Hegemonialsystem geht. Sowjetische Außenpolitikexperten erörtern untereinander, daß die „Kräfte des Imperialismus“ überall auf dem Rückzug seien und die herrschenden Kreise im Westen mit der unaufhörlich wachsenden Rolle der Sowjetunion zunehmend zu rechnen genötigt seien. Dementsprechend könne der westliche Kampf um die Aufrechterhaltung des bestehenden Kräfteverhältnisses die weitere Veränderung dieses Kräfteverhältnisses zugunsten der UdSSR nicht verhindern, und die westlichen Staaten müßten dem ihre Politik anpassen⁸⁵⁾.

Vor sachverständigen westlichen Zuhörern polemisierte ein sowjetischer Experte gegen die westliche Denkweise, nach der das 1945 verlorene Kräftegleichgewicht in Europa durch westliche Bemühungen wiedergewonnen werden müsse, während ein anderer es als eine unabänderliche Tatsache herausstellte, daß zwar die Sowjetunion und ihre Verbündeten, nicht aber die westeuropäischen Staaten hinreichende Hilfsquellen für die Gewähr ihrer

Sicherheit besäßen⁸⁶⁾. Das könnte in dem Sinne gemeint sein, daß die westeuropäischen Staaten doch endlich damit aufhören sollten, unnütze und kostspielige Versuche zur Aufbesserung ihrer schwachen Position gegenüber der UdSSR zu unternehmen, und statt dessen lieber die vernünftige Konsequenz einer dauernden Verständigung mit Moskau ziehen sollten. In die gleiche Richtung zielt die laufende Polemik gegen die westliche „Politik der Stärke“, womit das Bestehen der NATO-Staaten gemeint ist, die sowjetische Militärmacht durch eine Gegenmilitärmacht politisch aufzuwiegen. Wenn der westlichen Seite gleichzeitig noch vor Augen gehalten wird, daß die durch die gegenseitige nukleare Abschreckung herbeigeführte Balance des Schreckens nur Gefahren in sich birge und keinen sicheren Frieden erzeugen könne⁸⁷⁾, hätte das von dieser Vermutung her durchaus seine Logik: Die westeuropäischen Länder, so würde dann zu interpretieren sein, sollen sich nicht länger in Bedrohungen ihrer friedlichen Existenz stürzen, sondern die Zuordnung zur Sowjetunion suchen.

Die sowjetischen Äußerungen lassen gleichzeitig keinen Zweifel an der Entschlossenheit Moskaus, den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenhalt zwischen den osteuropäischen Staaten auf absehbare Zeit hinaus nicht im allermindesten in Frage stellen zu lassen. Der engen Verbindung der kleineren Länder mit der UdSSR wird der Vorrang vor allen anderen außenpolitischen Sorgen eingeräumt; die Konzertierung aller politischen Bemühungen auf seiten der kommunistischen Staaten Europas erscheint als eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg⁸⁸⁾. An irgendeine Auflockerung im Warschauer-Pakt-Bereich, die der angestrebten Auflockerung oder gar Auflösung im NATO-Bereich entsprechen würde, ist also nicht gedacht. Im Gegenteil: Die Praktizierung des Anspruches, der durch die sogenannte Breshnew-Doktrin bezeichnet ist, erscheint geradezu als die unerläßliche Voraussetzung jeder Entspannungspolitik, die nicht in eine Kapitulation vor dem Klassengegner ausmünden soll.

⁸³⁾ Ju. Rachmaninov, a. a. O., S. 37. — Eine Festlegung von Prinzipien und Normen der zwischenstaatlichen Kooperation in Europa könnte für die UdSSR unter anderem auch den Zweck haben, ihr den Zugang zum westeuropäischen Wirtschaftsraum zu günstigen Bedingungen offenzuhalten und damit eine Öffnung der EWG nach Osteuropa herbeizuführen. Es kann in diesem Sinne zu verstehen sein, wenn der „Abbau der Diskriminierungen“ zur Aufgabe einer Sicherheitskonferenz erklärt wird (V. Šachov, a. a. O., S. 18 sowie Ausführungen von L. Bezymenskij während eines außenpolitischen Ost-West-Fachgesprächs in Leningrad am 17./18. 6. 1970 lt. Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien internationalen Gesellschaft, Protokoll Nr. 36, S. 24).

⁸⁴⁾ Vgl. z. B. Oberstleutnant V. Molčalov, S kame-nem za pazuchoj, in: Krasnaja zvezda vom 13. 9. 1970.

⁸⁵⁾ Beiträge von Š. Sanakoev und V. Matveev zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 7 f., 10.

⁸⁶⁾ Ausführungen von Ju. Rubinskij und N. Lebedev während eines außenpolitischen Ost-West-Fachgesprächs, a. a. O., S. 50, 67.

⁸⁷⁾ Ausführungen von N. Lebedev und Ju. Rubinskij während eines außenpolitischen Ost-West-Fachgesprächs, a. a. O., S. 67, 80.

⁸⁸⁾ Vgl. u. a. Tomaševskij, Leninskij princip mirnogo sosuščestvovanja i klassovaja bor'ba, in: Kommunist, 1970, H. 12 (August 1970), S. 102; Beiträge von O. Seljaninov und E. Novosel'cev zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 14, 23 f.; N. Novikov, Rešajušćaja sila v antiimperialističkoj bor'be, in: MŽ, 1970, H. 11, S. 45 f.

Nach sowjetischer Ansicht würde jede Form der Koexistenz, bei der die prinzipielle Unversöhnlichkeit des Gegensatzes zwischen Sozialismus und Kapitalismus außer acht bliebe und der harte ideologische Kampf gegen den Westen vernachlässigt würde, zu einer inneren Aufweichung des „sozialistischen Lagers“ führen; Daher gilt es, die eigenen Reihen in jeder Hinsicht dicht zu schließen und die Ausbreitung westlicher Einflüsse nach Osten unter strikter Kontrolle zu halten. Der Schock, den die tschechoslowakische Reformentwicklung in Moskau hervorgerufen hat, steckt den sowjetischen Führungsgruppen noch tief in den Knochen. Darum ist es nicht verwunderlich, daß der Einmarsch in die ČSSR als der entscheidende Schlag gegen die vermeintliche imperialistische Konzeption des antisozialistischen Kampfes bewertet wird⁸⁹⁾. Demzufolge erscheint die Abstimmung Osteuropas gegen die ideologischen Einwirkungen des westlichen Klassenfeindes als die einzig annehmbare Grundlage, auf der Annäherungen in zwischenstaatlicher Hinsicht erfolgen können.

Daraus folgt, daß, soweit nicht die westlichen Länder zu einer einseitigen Demontage ihrer Bündnisse und ihrer Gemeinschaften bereit sind, an keine grundlegende Änderung des in Europa bestehenden Systems der zwischenstaatlichen Beziehungen zu denken ist. Sowjetische Abgesandte, die von Westeuropäern auf die Frage einer beiderseitigen Lockerung der Blöcke angesprochen werden, äußern sich dann stets sehr vorsichtig. Da heißt es dann beispielsweise, die Existenz der beiden Bündnisse sei „keine historisch unwiderrufliche Erscheinung“, doch könnten die sozialistischen Länder sich heute nicht zu einem allmählichen Abbau der Warschauer-Pakt-Organisation bereitfinden, weil ja auch die NATO-Staaten an ihrer Allianz festhielten. Nur wenn es einmal zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa komme, könne daraus eine Liquidierung der Militärblöcke resultieren. Andeutungsweise wird dabei zugestanden, daß hier unveränderbare Realitäten vorlägen⁹⁰⁾. Oder es wird davon gesprochen, daß die Sache der europäischen Sicherheit aus dem Gravitationsbereich der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen herausgehalten werden müsse. Es gehe also nicht um Fragen der Beziehungen zwischen den Blöcken, sondern um eine Konfliktregelung neben oder sogar über den Blöcken. Erst von da aus könnten dann

vielleicht einmal Voraussetzungen dafür entstehen, die Militärbündnisse abzubauen⁹¹⁾. Nach einer weiteren Version stellt die Auflösung der Blöcke keinen zwangsläufigen Prozeß dar. Es bedürfe vielmehr noch erheblicher Anstrengungen in dieser Richtung; vorerst sei die Situation dafür noch nicht reif⁹²⁾.

Zuweilen wird auch klar gesagt, daß mit einer Änderung des durch die sowjetisch-amerikanische Abschreckung bestimmten europäischen Systems nicht zu rechnen sei. Die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent wird dann als Bestandteil einer globalen Stabilisierung des Kräfteverhältnisses betrachtet, die ein rein regionales Sicherheitssystem, insbesondere in militärischer Hinsicht, von vornherein ausschließe. Daher, so lautet dann die Folgerung, seien zunächst die politische Basis der Koexistenz zu legen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen, ehe man zu den komplexen Fragen der europäischen Sicherheit im eigentlichen Sinne übergehen könne⁹³⁾. Die vorstehenden sowjetischen Äußerungen dürften darauf hindeuten, daß die sowjetische Führung in realistisch-vorsichtiger Einschätzung der politischen Gegebenheiten nicht ernstlich mit der Möglichkeit einer Demontage des Abschreckungssystems an seinen westlichen Pfeilern rechnet. Soweit sich absehen läßt, steht weder ein dramatischer Rückzug der Amerikaner aus Europa noch ein bündnisbedrohender atlantischer Vorstoß von westeuropäischer Seite bevor.

Wozu erfolgen dann von der sowjetischen Seite Vorschläge und Äußerungen, die auf systemverändernde Absichten hindeuten scheinen? Zwei Motive sind hierfür denkbar. Zum einen mag es als eine gute Politik erscheinen, große Zielperspektiven aufzumachen, um für die verschiedenen kleineren Nahziele, die man verfolgt, einen wirksamen propagandistischen Vorspann, eine die eigenen Absichten hinreichend verunklärende politische Logik und ein als diplomatische Ausgangsposition auspielbares ‚Überschußprogramm‘ verfügbar zu haben. Zum anderen kann man, wenn man in die eigene Politik alle möglichen unverbindlichen Perspektiven, Eventualitäten und Zweideutigkeiten hineinbringt, die Positionen

⁸⁹⁾ Ausführungen von Ju. Rubinskij während eines außenpolitischen Ost-West-Fachgesprächs, a. a. O., S. 82 ff.

⁹⁰⁾ Botschaftssekretär Popov während einer Diskussion in der Politischen Akademie Eichholz am 9. 9. 1970.

⁹¹⁾ Ausführungen von Ju. Rubinskij während eines außenpolitischen Ost-West-Fachgesprächs, a. a. O., S. 86 f.

⁸⁹⁾ Beitrag von V. Matveev zur Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten, a. a. O., S. 11.

⁹⁰⁾ Ausführungen von N. Lebedev während eines außenpolitischen Ost-West-Fachgesprächs, a. a. O., S. 67.

und Bereitschaften der anderen Seite am besten testen und auf diese Weise Anhaltspunkte dafür gewinnen, was man gegebenenfalls in nächster Zukunft durchsetzen und in fernerer Zukunft anstreben kann. Natürlich kann sich bei solchen Tests diese oder jene Einwirkung zur Erosion von Positionen der anderen Seite geltend machen lassen oder sich vielleicht sogar einmal irgendeine unverhoffte Gelegenheit eröffnen, die sich dann kurzfristig nutzen läßt. Auch wenn davon auszugehen ist, daß der gegenwärtigen sowjetischen Politik keine weitreichenden Vorstellungen hinsichtlich einer radikalen Veränderung des durch die gegenseitige Abschreckung bestimmten europäischen Staatensystems zugrunde liegen, so kann doch, wenn der Zeitpunkt einmal dazu reif erscheinen sollte, von den bezogenen Ausgangspositionen her mühelos ein solcher Kurs eingeschlagen werden.

Realer ist freilich im gegenwärtigen Augenblick der Versuch, das bestehende europäische Staatensystem durch eine Art Politik der kleinen Schritte allmählich und unmerklich zu modifizieren, bis sich schließlich daraus größere Veränderungen summieren haben. Beispielsweise könnte die EWG in ihrer Struktur so verändert werden, daß sie den Osteuropäern offensteht, auf bestimmte gesamt-europäisch festgelegte Normen des Handelsaustauschs verpflichtet wird und sich weder in supranationaler noch in politischer Hinsicht fortentwickelt, wie es alles den sowjetischen Wünschen entsprechen würde.

Auch der Aufbau einer europäischen Regionalorganisation als solcher wäre nicht ohne langfristig bedeutsame Folgewirkungen. Er könnte insbesondere die Sicherheitserwartungen der westeuropäischen Öffentlichkeit von der NATO weg auf sich hinlenken. Die Regionalorganisation wäre in der Funktion sowohl eines danebengestellten Arrangements als auch eines überwölbenden Daches im Verhältnis zu den beiden Blöcken möglicherweise in der Lage, die NATO institutionell und politisch auszuhöhlen, ohne den Ersatz eines anderen Sicherheitssystems zu bieten⁹⁴).

⁹⁴ Die sowjetischen Äußerungen lassen beide Möglichkeiten zur Deutung der sowjetischen Absichten zu. Die Vermutung, daß es Moskau gerade auf die für die westliche Seite problematischen Folgewirkungen ankommen könnte, wird durch eine Untersuchung darüber, welche Funktionen ein regionales europäisches Organ erfüllen könnte und welche Friedenssicherungsleistungen von ihm im Vergleich zu den bereits bestehenden Institutionen der politischen Ost-West-Kommunikation zu erwarten wären (Hans Peter Schwarz, Europäische Sicherheitskonferenz: Ein nützliches Konzept der Entspannungspolitik? in: Hans Peter Schwarz/Helga Haften-

In jedem Fall dürfte der sowjetischen Führung ein internationaler Rahmen, durch den sie ihr Land und ihre Macht in eine förmliche Beziehung zu den westeuropäischen Staaten setzen und die andere Supermacht, die USA, in die Rolle des potentiellen Außenseiters in Europa drängen kann, als ein bedeutender Vorteil erscheinen. Obwohl Moskau seit dem Budapester Memorandum vom 22. Juni 1970 öffentlich erklärt, daß die USA und Kanada an allen Stadien der Vorbereitung und Durchführung einer Sicherheitskonferenz beteiligt werden können, ist die Besorgnis nicht ausgeräumt, daß den beiden amerikanischen NATO-Partnern keine vollgültige und dauernde Rolle dabei zugedacht sein könnte. Die sowjetische Formulierung ist wohl nicht ohne Absicht in der Möglichkeitsform gehalten. Damit stimmt überein, daß die sowjetische Seite anscheinend informell den Standpunkt bezieht, erst auf westeuropäisches Betreiben hin — und nicht etwa von vornherein — könnte die amerikanische Beteiligung festgelegt werden. Auf diese Weise würden die USA und Kanada in die Position von eigentlich nicht dazugehörigen, nur ausnahmsweise zugelassenen Mitgliedern des europäischen Staatensystems manövriert, die als Bittsteller auftreten müßten und daher keinen vollwertigen Status hätten.

Konsequenterweise müßte vor jeder neuerlichen Entscheidung — bei der Abhaltung weiterer Konferenzen, bei der Besetzung des permanenten Konferenzorgans und bei Abschluß jeder vertraglichen Regelung — jedesmal erneut der Wille der europäischen Staaten festgestellt werden, ob sie die Mitwirkung der beiden amerikanischen Länder weiterhin wünschen. Die USA und Kanada würden dann zu zufallsweise geduldeten Zaungästen in Europa — mit allen Folgen für den amerikanischen Willen zu weiterer militärischer und politischer Präsenz auf dem europäischen Kontinent.

Die sowjetische Seite hat bisher in der Öffentlichkeit noch kein klares Votum abgegeben, das derartige Befürchtungen gegenstandslos machen würde. Eher im Gegenteil: Die häufigen Darlegungen, die europäischen Sicherheitsprobleme könnten nur in gesamteuropäischem Rahmen gelöst werden, lassen weiten Raum für die Vermutung, daß die gegenwärtig

dorn, Hrsg., Europäische Sicherheitskonferenz, Opladen 1970, S. 121—148) erhärtet: Das Ergebnis, daß eine Regionalorganisation keine Vorteile bei der Regelung von Ost-West-Problemen böte, könnte als Hinweis darauf gewertet werden, daß mutmaßlich andere Absichten hinter dem Vorschlag stehen.

noch in Europa mitwirkenden außereuropäischen Mächte im Verlauf des gesamteuropäischen Kooperationsprozesses allmählich ausgeschieden werden sollen. Das könnte für die westlichen Regierungen unter gewissen Voraussetzungen ein Grund sein, die auch von ihnen grundsätzlich bejahte Sicherheitskonferenz auf die Verhandlung bestimmter anstehender Probleme des Ost-West-Verhältnisses

zu beschränken und dem Vorschlag einer institutionellen Verfestigung mit skeptischer Vorsicht gegenüberzutreten. Das würde darauf hinauslaufen, daß zwar alle Entspannungsmöglichkeiten ausgelotet werden, aber darum noch kein Ost-West-Multilateralismus in Europa aufgebaut wird, wenn dieser keine klar umrissene und systematisch ebenso sinnvolle wie akzeptable Funktion erhält.

Erfolg oder Mißerfolg? Die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung

Mit freundlicher Genehmigung des Senders Freies Berlin wird im folgenden eine Diskussion wiedergegeben, die am 11. Dezember 1970 vom Dritten Fernsehprogramm des SFB ausgestrahlt worden war.

Matthias Walden:

Bevor mein Kollege Hans Dieter Jaene und ich die Klängen kreuzen, von denen ich hoffe, daß es keine Rasierklingen und möglichst auch nicht altertümlisch schwere Säbel sein werden, möchte ich gern ein Mißverständnis ausschließen, das gegenüber jedem Kritiker der Bonner Ostpolitik am Wege lauert: Nämlich die häufige Unterstellung, wer gegen diese Politik Einwände erhebe, sei gegen den Versuch eines Ausgleichs mit dem politischen Osten oder gar gegen diesen Ausgleich selbst.

Dazu eine persönliche Bemerkung: Ich habe das Ende des Krieges in meiner Heimatstadt Dresden erlebt und dort vier Jahre lang — die meiste Zeit unter sowjetischer Zensur — für eine Zeitung geschrieben. Ich habe — teils durch Erziehung im Elternhaus, teils durch eigene Einsicht — die Nazis verabscheut, habe die deutsche Schuld am Kriege und die Verbrechen besonders gegenüber Polen und der Sowjetunion erkannt, lange bevor die Russen kamen. Den Sieg der Alliierten empfand ich wirklich als Befreiung. An Aufgeschlossenheit gegenüber den sowjetischen Siegern hat es mir damals gewiß nicht gefehlt; was sie uns damals dort an kontingentierter Demokratie brachten, erschien mir als unverdientes Geschenk — bis dann die Enttäuschungen kamen und ich verstand, daß wir alle in eine Auseinandersetzung zwischen kommunistischer Diktatur, die sich als sowjetischer Imperialismus zu erkennen gab, auf der einen und freiheitlicher, parlamentarischer Demokratie auf der anderen, auf meiner Seite gestellt wurden.

Nicht trotzdem, sondern gerade deshalb blieb mir das Ziel eines Ausgleichs mit den Völkern im Osten immer bewußt.

Wenn ich heute daran zweifle, daß ein solcher Ausgleich mit den Regierungen von Moskau, Warschau, Prag, Budapest und Ost-Berlin gegenwärtig und in erkennbarer Zukunft möglich sein wird, dann sind auch, aber nicht nur diese ersten Erfahrungen bitterer Nachkriegs-

jahre dafür bestimmend. Hierzu kommt die Erfahrung zweier Jahrzehnte. Es sind durchaus nicht allein moralische Vorbehalte, die es mir unmöglich erscheinen lassen, gegenüber kommunistischen Regierungen vor einem gründlichen Wandel des sowjetischen Systems „von der Konfrontation zur Kooperation“ zu kommen, — um eine Parole des Bundeskanzlers zu zitieren, mit der er vor über einem Jahr seine Ostpolitik deklarierte. Meine Zweifel ergeben sich auch aus der Einsicht, daß wir zuviel vom politischen Osten verlangen, wenn wir erwarten, daß er zu einer solchen Kooperation, die mehr wäre als technische und wirtschaftliche Kommunikation, überhaupt willens oder fähig sein könnte. Wenn es während der Dubček-Zeit bereits als lebensgefährliche Bedrohung des tschechoslowakischen Sozialismus galt, daß der Bundesbankpräsident Prag einen Besuch abgestattet hatte, muß es über die Kraft Moskaus und aller in der Klammer der Breschnew-Doktrin festgehaltenen Regierungen gehen, den Westen — also auch die Bundesregierung — als Partner politischer, Übereinstimmungen zu akzeptieren. Ich meine deshalb, daß ich für die Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten unseres östlichen Gegenübers — auch wenn ich ihre Ursachen als Schuld verstehe — mehr Verständnis habe als die Optimisten der nun schon nicht mehr ganz neuen Ostpolitik.

Das Interesse des Westens — also auch unser Interesse — erstrebt Auflockerung in den Ländern des Ostens. Moskau ist am Gegenteil, an Konsolidierung interessiert. Das bedeutet eine konträre Interessenlage. Soll die deutsche Ostpolitik, so wie sie vom Kabinett Brandt/Scheel betrieben wird, erfolgreich sein, dann setzt das voraus, daß Moskau sich verrechnet. Oder Bonn verrechnet sich — dann erreicht es das Gegenteil dessen, was es will, nämlich Konsolidierung des sowjetischen Imperiums, Befestigung der Breschnew-Doktrin, also eine Kräftigung dessen, was fast 25 Jahre lang auf unserer Seite allgemein als politisches Unglück erkannt wurde.

Trotzdem halte ich den Versuch einer kooperativen Ostpolitik für unentbehrlich, um dieses politische Terrain aus dem Rätselraten herauszubringen, die quälenden Debatten um verpaßte Gelegenheiten zu beenden, unseren guten Willen sichtbar zu machen und zu beweisen. Wenn die Politik die Kunst des Möglichen ist, dann gehört dazu die Erkenntnis dessen, was unmöglich ist. Die Probe aufs Exempel mußte gemacht werden. Nur bestreite ich, daß sie so gemacht werden mußte, wie sie nun gemacht wird.

Aber darüber wird im weiteren Verlauf unseres Meinungsstreites noch gesprochen werden. Ich nehme an, Ihnen, Herr Jaene, schon mit dieser Einleitung genug Stoff zum Widerspruch geboten zu haben.

Hans Dieter Jaene:

Nicht nur zum Widerspruch, sondern auch zu Betrachtungen über das Mißverständnis in der Politik: Wenn das, was Sie, Herr Walden, für das Ziel der Ostpolitik des Kabinetts Brandt/Scheel halten, wirklich das Ziel wäre, dann könnte man es in der Tat nicht erreichen. Ich halte es — mit Ihnen — nicht für möglich, von Bonn aus eine Auflockerung in den Ländern des Ostens zu erreichen, an deren Ende der Abbau der Breschnew-Doktrin und das Ende des sowjetischen Imperiums steht. Da braucht man gar nicht erst die Probe aufs Exempel zu machen, von der Sie, Herr Walden, meinen, sie werde zeigen, daß dergleichen unmöglich sei. Ich konzediere hier sofort: Das ist unmöglich.

Wenn Sie sich einen Ausgleich mit den Völkern des Ostens nur vorstellen können, nachdem sich die Regierungen in Moskau, Warschau, Prag, Budapest und Ost-Berlin völlig gewandelt haben, dann ist Ihr Schluß zwingend, daß es zu keinem Ausgleich kommen kann. Die Frage ist nur, um Willy Brandt zu zitieren, ob wir mit Politik in Richtung Osten warten wollen, bis in Sankt Petersburg wieder das angestammte Herrscherhaus in seine Rechte eingesetzt ist. Aber im Ernst: Selbst wenn man zum Beispiel mit der Regelung der Oder-Neisse-Frage solange warten wollte, bis es in Polen eine freiheitliche parlamentarische Demokratie gibt, die es dort nie gegeben hat und die es wohl auch nie geben wird, eine Demokratie, die unseren strengsten Normen entspricht: sie könnte sich in der Grenzfrage keinen Deut anders verhalten als Polens kommunistische Regierung heute. Aber über den deutsch-polnischen Ver-

trag werden wir später wohl noch im Detail sprechen. Ich erwähne ihn hier nur, um die Meinung zu widerlegen, mit einer anderen polnischen Regierung könne man leichter ins reine kommen, was die Grenzfrage angeht.

Aber ich möchte nun von der Theorie zu dem kommen, was wirklich ist — wenn der Ausdruck erlaubt ist: zu den Realitäten, wie sie sich heute darstellen. Die Sowjetunion ist fest entschlossen, und sie hat das in den letzten 25 Jahren wiederholt bewiesen, ihren im Krieg gewonnenen Machtbereich militärisch und ideologisch mit aller Härte abzusichern. Der Westen mit der Führungsmacht Amerika hat sie dabei immer gewähren lassen, ohne einzugreifen: 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei. Wenn also die Führungsmacht Amerika es nicht als ihre Aufgabe ansah, den Völkern Osteuropas irgendwie zu helfen, die sowjetische Vorherrschaft abzuschütteln, auch nicht in den Zeiten, in denen Amerika der Sowjetunion atomar überlegen war und Mittel zur Pressuren gehabt hätte, dann kann das heute gewiß nicht Zielvorstellung der Bundesrepublik Deutschland sein. Andererseits: Es kann auch nicht Aufgabe irgendeiner Bundesregierung sein, alle Gegebenheiten im sowjetischen Machtbereich völkerrechtlich anzuerkennen und damit von sich aus zu legalisieren. Denn das widerspräche ja dem politischen Ziel der Bundesrepublik, wie es etwa in dem Brief der Regierung Brandt/Scheel an den sowjetischen Außenminister gelegentlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages formuliert ist, nämlich „auf einen Zustand des Friedens hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Dieser Zustand soll ohne Gewalt oder Gewaltandrohung erreicht werden.

Das Angebot eines Gewaltverzichts setzt ja begrifflich voraus, daß es Probleme gibt, die zur Zeit nicht zu lösen sind. Wenn die Bundesregierung völlig auf den Standpunkt der Sowjet-Regierung einschwenken wollte — oder umgekehrt —, brauchte man keinen Gewaltverzicht. Wenn zwei Partner keinerlei Probleme miteinander haben, wäre es ja unsinnig, wenn sie erklärten, sie wollten zur Lösung nicht vorhandener Probleme keine Gewalt anwenden. Der Moskauer Gewaltverzichtsvertrag beschreibt also den Status quo, einschließlich der Tatsache, daß die Oder-Neisse-Grenze die Westgrenze Polens bildet und daß sie genauso unverletzlich ist wie die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Der Vertrag beschreibt das und sagt natürlich nichts darüber, ob das schön ist oder nicht, und ob es gerecht ist oder nicht. Die Beziehun-

gen werden versachlicht. Und nun, nachdem beide Seiten sich verpflichtet haben, den territorialen Status quo nicht zu verletzen, wird die Suche nach Gebieten möglich, auf denen unter Respektierung des territorialen und politischen Status quo Verbesserungen für die Menschen zu finden sind. Das ist das wahre Ziel der Ostpolitik von Brandt und Scheel. Aber ehe ich aufzähle, was da alles möglich wird und schon möglich geworden ist, sollten Sie, Herr Walden, erst sagen, was Sie von dieser Beschreibung halten.

Matthias Walden:

Herr Jaene, ich halte diese Beschreibung für widersprüchlich. Wenn Sie es für ausgeschlossen halten, daß es in Polen jemals eine parlamentarische Demokratie geben wird, in Polen, für dessen Freiheit England und Frankreich in den Krieg zogen, wenn Sie außerdem die Entschlossenheit und die Möglichkeit der UdSSR, ihren Machtbereich ideologisch und militärisch abzusichern, für eine unbefristete Realität halten und deshalb einen Ausgleich mit den Ländern des Ostens ausschließen, der durch deren Auflockerung zustande kommt, dann sind Sie viel pessimistischer als ich und auch viel pessimistischer, als ich dachte.

Es ist für den Kreml seit Stalins Tagen bis heute immer schwieriger geworden, das Imperium mit Gewalt zusammenzuhalten. Obwohl die amerikanische, die französische und nun auch die deutsche Ostpolitik nahezu alles taten, um den Kreml wissen zu lassen, daß der Westen sich mit dieser Gewalt abgefunden habe, läuft die imperiale Maschinerie unrund und gestört. Die Stimmen der Kommandeure sind heiser geworden, die Garotten, mit denen Aufbegehrende gewürgt werden, rosten, die Taue, mit denen das Imperium zusammengehalten wird, sind morsch. Rumänien ging eigene Wege, die Beute der okkupierten Tschechoslowakei ist kein Gewinn, sondern eine Last, russische Schriftsteller geben, trotz Sibirien, nicht auf, die Gärungen in den kommunistischen Parteien der westlichen Länder zerstören die sowjetische Präzeptorenrolle.

Die einzige Chance der anachronistischen Gewalt scheint mir auf längere Sicht die Freiheitsmüdigkeit des Westens zu sein. Wer heute noch etwas Vitales über Freiheit hören will, muß sich nach Osten wenden: Djilas, Sinjawski, Solschenyzin, Sacharow, Togliatti in seinem Testament, die Prager Studenten, die nur akustisch zum Schweigen gebracht

wurden — signalisieren sie alle nicht auch Ihnen, Herr Jaene, daß die Unabänderlichkeit des tyrannischen Imperiums ein kleintüftiger Irrtum westlicher Leisetreter ist?

Während Sie, Herr Jaene, einen freiheitlichen Wandel für die Länder des Moskauer Ringes ausschließen, sagte der sowjetische Ideologe Suslow nach der Unterzeichnung und vor der Ratifizierung des Moskauer Vertrages, der Westen „versuche vergeblich, die notwendige revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft von der Tagesordnung abzusetzen“. Die wollen uns also revolutionär umgestalten. Sie, Herr Jaene, halten es aber für aussichtslos, Demokratie für jene Völker geltend zu machen, die mit Gewalt daran gehindert werden, für die Freiheit zu optieren.

Sie zitieren Willy Brandt. Ich kannte dieses Zitat nicht, in dem er fragt, ob wir warten sollen, bis in Sankt Petersburg wieder das angestammte Herrscherhaus in seine Rechte eingesetzt ist. Ich meine, das ist ein sehr mißratener Ausspruch des Kanzlers, denn zum Scherzen ist hier wohl kein Raum. Die Phantasie eines Demokraten sollte ausreichen, sich als Alternative zum Kommunismus etwas anderes vorzustellen als den Zarismus.

Aber zurück zur Wirklichkeit. Wenn ich auch Ihren Pessimismus nicht teile, Herr Jaene, und für die Zukunft mehr erwarte als einige technische Kontakte, kulturelle Kommunikation und menschliche Erleichterungen, um diesen recht unpräzisen, aber gängigen Begriff zu verwenden, so bin ich doch bereit, mit Ihnen unter den Vorzeichen Ihrer — wie ich meine — zu bescheidenen Erwartungen über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten zu diskutieren.

Wir sollten hier versuchen, Bilanz zu ziehen. Es kann natürlich nur eine Zwischenbilanz sein. Ich will das zunächst stichwortartig tun: Die diplomatischen Beziehungen zu Rumänien, die Willy Brandt noch als Außenminister der Großen Koalition aufnahm, haben außer Komplikationen mit Moskau nichts eingebracht. Die Treffen von Erfurt und Kassel gingen aus wie das Hornberger Schießen. Junge Leute, die in Erfurt Willy Brandt hochleben ließen, wurden verhaftet und mißhandelt. Willy Stoph ging auf die Vorschläge des Bundeskanzlers überhaupt nicht ein. Als er in Kassel mit erheblichem protokollarischen Aufwand empfangen wurde, benützte er die ersten Minuten auf dem Boden der Bundesrepublik, den gastgebenden Staat zu beschimpfen. Er lehnte es ab, auf die zwanzig Punkte Willy Brandts einzugehen. Die Bereitschaft Ost-Berlins, nunmehr auf der sogenannten Experten-Ebene zu verhandeln, ist ein rein formaler

Fortschritt. In der Sache gibt es keinen Erfolg, sondern das Gegenteil. Ost-Berlin beharrt auf seiner Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung, bezeichnet West-Berlin als inmitten und auf dem Territorium der „DDR“ gelegen, bestreitet der Bundesregierung jedes Mitspracherecht für West-Berlin und mischt sich massiv in dessen innere Angelegenheiten ein. Soweit die Haltung des SED-Staates.

Der Moskauer Vertrag hat bisher keine Konzession Moskaus bewirkt und die Viermächtegespräche über Berlin lassen keinen Fortschritt in der Sache erkennen.

Dieser Negativbilanz stehen die Vorleistungen der Bonner Ostpolitik gegenüber: Die Bundesregierung erkannte mittlerweile die Zweistaatlichkeit Deutschlands an, Willy Brandt sprach von der Ausübung von Hoheitsrechten durch die Regierung der SED, wo er selbst zuvor nur das Unrecht einer Diktatur gesehen hatte. Die DDR ist von ihren Führungsstrichen und von sonst nichts befreit, obwohl der Kanzler noch vor drei Jahren gesagt hatte, diese DDR sei weder deutsch noch demokratisch und auch keine Republik. Für West-Berlin wurde die Preisgabe sogenannter demonstrativer Bundespräsenzen in Aussicht gestellt, die Demarkationslinien, die Deutschland teilen, wurden als europäische unverletzliche Grenzen anerkannt — ebenso die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze —, dem SED-Staat wurde die völkerrechtliche Anerkennung in Kassel als denkbar konzidiert und Bonn winkt mit einer Fürsprache zugunsten einer Aufnahme jener DDR in die UNO, obwohl die Organisation der Vereinten Nationen doch zur Verteidigung der Menschenrechte gedacht ist und das SED-Regime den Menschen seines Machtbereichs die Selbstbestimmung vorenthält und weiter auf Flüchtlinge schießen läßt.

Bleibt nur noch der Gewaltverzicht. Er wurde längst vor dem Moskauer Vertrag von der Bundesrepublik feierlich und verbindlich erklärt. Nun steht er also auch noch auf dem Papier. Von der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik bedeutet er das Versprechen eines Bären gegenüber einem Goldhamster.

Ich wäre Ihnen deshalb dankbar, Herr Jaene, wenn Sie mir Erfolge im Sinne dieser Zwischenbilanz nennen könnten.

Hans Dieter Jaene:

Ja, gerne. Aber vorher bitte ich in einem wichtigen Punkt um Aufklärung. Sie sagten ganz am Anfang unseres Gesprächs, Sie zweifelten daran, daß ein Ausgleich mit den Völ-

kern des Ostens in erkennbarer Zukunft möglich sei, weil solch ein Ausgleich einen gründlichen Wandel des sowjetischen Systems voraussetze, und den hielten Sie für die erkennbare Zukunft nicht für möglich. Nun sagen Sie aber eben, sie seien nicht so pessimistisch, daß Sie die Entschlossenheit und die Möglichkeit der UdSSR, ihren Machtbereich ideologisch und militärisch abzusichern, für eine befristete Realität hielten. Sie sagten, die Unabänderlichkeit des sowjetischen Imperiums sei ein kleinmütiger Irrtum westlicher Leisetreter. Meine Frage ist nun: Glauben Sie, Herr Walden, für die erkennbare Zukunft an einen gründlichen Wandel des sowjetischen Systems, wie Sie eben sagten, oder glauben Sie nicht daran, wie Sie am Anfang unseres Gesprächs sagten?

Matthias Walden:

Herr Jaene, das ist keine Frage des Glaubens, sondern eine Frage der Meinung und der Überzeugung. Ich bin überzeugt davon, daß ein solcher gründlicher Wandel kommen wird, und ich meine, daß wir dabei mit langen Fristen rechnen müssen. In der erkennbaren, überschaubaren Zukunft wird dieser Wandel nicht vollzogen sein, eben weil wir die Fristen nicht kennen.

Aber daß er schon begonnen hat, ist für mich keine Frage. Denken Sie an Stalin, an die Entstalinisierung, an Chruschtschows Gulaschkommunismus, an die These vom „Einholen und Überholen kapitalistischer Modelle“, ja, man könnte sagen „Vorbilder“, ohne diese Linie zu verfälschen. Auch der Prager Frühling gehört zu diesen Anzeichen, obwohl er unter Verhinderung eines politischen Sommers vom Winter der Besetzung abgelöst wurde. Hoffnungsvoll ist das trotzdem, was da mit so viel Vitalität aufgebrochen war. Das Moskauer Establishment wird sich natürlich — wie das auch bisher stets geschehen ist — gegen die einzelnen Phasen dieses Wandels wehren. Es wird immer wieder Rückschläge geben. Aber meine Überzeugung ist eben, daß am Ende reformerische oder auch revolutionäre Kräfte Freiheit, also den gemeinten Wandel, erzwingen, der bereits begonnen hat. Es ist kein Widerspruch dazu, wenn ich meine, daß die gegenwärtig herrschenden Vertreter des Regimes diesem Wandel entgegenstehen. Unsere Politik, die sich an sie wendet, stößt auf ungewandelte Gewalt. Eine Politik, die den gegenwärtigen Moskauer Status für die ultima ratio sowjetischer Möglichkeiten hält, ignoriert die bereits erkennbaren Alternativen. Sie bestä-

tigt und stärkt das Bestehende und verzögert damit nach meiner Überzeugung den Wandel, statt ihn beschleunigen zu helfen.

Hans Dieter Jaene:

Zunächst halte ich die Annahme für falsch, daß Liberalisierungsprozesse in Diktaturen durch Druck von außen auf den Diktator oder die herrschende Gruppe gefördert oder beschleunigt werden. Ich sehe nicht, auf welche Erfahrungen Sie sich da stützen oder wie Sie sonst zu Ihrer Meinung kommen. Eine solche Politik hätte zur Voraussetzung, daß sich das westliche Lager einig ist. Die Amerikaner, auf die es da in erster Linie ankommt, sind zur Zeit dabei, auf den verschiedensten Ebenen mit den heute führenden Kräften der Sowjetunion zu verhandeln; die Franzosen bekräftigen immer wieder ihre Bereitschaft, mit der Sowjetunion, so wie sie heute ist, besser zusammenarbeiten zu wollen; auch die Engländer, die Italiener — nehmen Sie, wen Sie wollen: Ich sehe nicht, wie die Bundesrepublik Deutschland angesichts dieses Trends allein in der Konfrontation mit dem politischen Osten verharren sollte — und das auf nicht überschaubare Zeit, die ja nach Ihrer Theorie immer länger wird, weil sich das westliche Lager dazu herbeiläßt, mit den Leuten Abmachungen zu treffen, die heute im Kreml sitzen.

Man kann sich nicht nur durch Vorpreschen von seinen Bündnispartnern isolieren, sondern ebenso gut durch Stehenbleiben, und das kann höchst gefährlich werden: Wir würden den Schutz des westlichen Bündnisses nur noch so beschränkt genießen, wie die Interessen der anderen es erforderlich machen, um einen Satz des Bundesaußenministers zu zitieren. Denn darin sind wir uns ja wohl einig: Die Sicherheit der Bundesrepublik steht und fällt mit ihrer Einbettung in die Politik des westlichen Bündnisystems. Es ist ein glücklicher Umstand, daß die Ostpolitik der Bundesregierung zugleich den deutschen Interessen und den Interessen des westlichen Bündnisses entspricht.

Und nun zu Ihrer Zwischenbilanz. Tatsächlich haben die diplomatischen Beziehungen zu Rumänien, aufgenommen vom Kabinett Kiesinger, Komplikationen mit Moskau gebracht. Man kann eben bei seiner Politik Moskaus wichtigsten Verbündeten, die DDR, nicht als Phänomen aussparen, wie Kiesinger das wollte.

Die Treffen von Erfurt und Kassel sind keineswegs wie das Hornberger Schießen ausgegangen. Die SED steckt jetzt unter dem Zwang, ihre Interessenlage in ihrem Bereich völlig neu überdenken zu müssen. Natürlich beharrt die SED-Propaganda auf alten Parolen, wenn der Ton auch schon etwas vorsichtiger geworden ist. Die Willy-Willy-Rufe von Erfurt sind ein Zeichen, das alle Welt, auch die östliche, gesehen hat, und auch die anschließenden Festnahmen hat alle Welt vermerkt. Jetzt will die SED verhandeln, ohne vorher zu vollziehende völkerrechtliche Anerkennung. Sie, Herr Walden, nennen das einen rein formalen Fortschritt. Für mich ist das nicht nur formal. Wie können Sie sagen, in der Sache gebe es keinen Erfolg? Die Verhandlungen haben ja noch gar nicht angefangen.

Der Moskauer Vertrag ist einstweilen eine Absichtserklärung. Ehe er ein Vertrag wird, der gültig ist, muß eine Regelung für Berlin gefunden werden. Mit Sicherheit hätten die Sowjets die Vertragsverhandlungen nicht aufgenommen, wenn sie sich auf diesen Zusammenhang nicht eingerichtet hätten. Der Umkehrschluß gilt nämlich auch hier: Gibt es keine befriedigende Berlin-Regelung, tritt der Moskauer Vertrag nicht in Kraft. Wenn er in Kraft tritt, dann wird die Bundesrepublik, als Ausdruck des Gewaltverzichts, für den Sie, Herr Walden, ja auch sind, die Unverletzlichkeit von Oder-Neiße-Linie und DDR-Grenze feststellen. Verletzen kann man nur mit Gewalt. Ich weiß nicht, wie Sie da von Vorleistungen sprechen können. Ich sehe keinen Widerspruch darin, daß Willy Brandt in der DDR das Unrecht einer Diktatur sieht und zugleich sagt, die DDR sei ein Staat und übe Hoheitsrechte aus. Und warum soll die DDR, die auf Flüchtlinge schießen läßt, am Ende des Ausgleichs in Deutschland nicht auf die Menschenrechts-Charta der UNO festgelegt werden, indem sie UNO-Mitglied wird? Vielleicht wird am Ende dieses Prozesses nicht mehr auf Flüchtlinge geschossen? Ich weiß es nicht. Aber wenn man nach Ihrem Rezept, Herr Walden, bei der Konfrontation bleibt, wird mit Sicherheit weitergeschossen, und zwar auf unabsehbare Zeit.

Matthias Walden:

Verletzen kann man auch mit Worten, mit Halbtungen. Es ist ein Unterschied, ob man darauf verzichtet, jemals physische, das hieße in diesem Falle militärische Gewalt gegen eine Grenze anzuwenden — wovon eben ohnehin nie die Rede sein konnte — und gleichzeitig solche Grenzen in Frage stellt, ja mehr noch,

sie als Unrecht bezeichnet und am Ziel ihrer — friedlichen — Revision festhält oder ob man sie anerkennt. Das gilt besonders für die Zonen- und Sektorengrenzen.

Ich bezweifle, daß die Sowjetunion sich — als die Vertragsverhandlungen begannen — darüber im klaren war, daß die Bundesregierung die Ratifizierung an eine Berlin-Regelung binden würde. So klar wurde das erst später gesagt. Aber auf die Berlin-Regelung kommen wir sicher noch.

Ich nehme zunächst einmal zur Kenntnis, daß auch Sie Erfolge der neuen Ostpolitik dieser Regierung in der Sache noch nicht geltend machen. Wir werden uns also im weiteren Verlauf unseres Dialogs auf die Aussichten, die Chancen und die Risiken beschränken können und müssen.

Es stimmt übrigens nicht, daß Kiesinger Beziehungen zu Ländern des kommunistischen Ostens aufnehmen und die sogenannte „DDR“ dabei übergehen wollte. Er schrieb bekanntlich den ersten Brief an Willi Stoph.

Wie Sie darauf kommen, Herr Jaene, daß ich an eine Wandlung des Sowjetblockes unter westlichem Druck glaubte, ist mir rätselhaft. Ich habe das nicht gesagt, und ich meine das auch nicht. Daß wir uns der Konfrontation nicht entziehen können, meine ich allerdings. Diese Notwendigkeit ergibt sich — wenn wir uns nicht selber aufgeben wollen — allein schon aus der Existenz und aus der Beschaffenheit dieses Blockes. Freiheit und Zwang bestehen eben nun einmal nie nur nebeneinander, sondern auch immer — naturgemäß — gegeneinander. Die sogenannte „andere Seite“ hat das jedenfalls begriffen. Ich bin auch nicht, wie Sie sagen, gegen den Versuch von Verhandlungen mit den Ländern des europäischen Ostens. Ich meine, wir müssen dazu immer bereit sein und damit beginnen, wenn eine Aussicht auf Erfolg erkennbar ist, und wir müssen vermeiden, diese Verhandlungen zu führen, indem wir die Forderungen der Gegenseite erfüllen, während wir darauf hoffen, daß sie uns das honoriert.

Ihr Argument, daß ja unsere Verbündeten diese Linie verfolgen und wir uns deshalb nicht ausschließen könnten, überzeugt mich nicht. Deutschland ist in einer besonderen Lage. Es ist sehr viel mehr und direkter vom Ost-West-Konflikt betroffen als alle anderen. Jeder Fehlschlag würde uns Substanz kosten, unsere Verbündeten in den meisten Fällen nur Zeit. Das Motiv der Anpassung ist mir für die forcierte Ostpolitik der Bundesregierung einfach zu schwach.

Sie sagen, daß unsere Partner alle normale Beziehungen zur Sowjetunion und den Ländern

ihres Machtbereiches anstreben. *Normale* Beziehungen zwischen Demokratien und kommunistischen Diktaturen wird es aber nie geben, weil es sie nicht geben kann. Die Anomalie der Gewaltherrschaft der Gegenseite verhindert das automatisch. Es könnte — im günstigsten Falle — weniger schlechte Beziehungen geben als jetzt. Aber darüber sprechen wir noch.

Nun zu Ihrem letzten Punkt. Ich bedaure, daß Sie es mir darin so sehr leicht machen, Ihnen zu widersprechen. Sie reden von einem Ende des Ausgleiches in Deutschland, obwohl Sie doch zu Anfang unseres Meinungsstreites davon ausgingen, daß es einen *Ausgleich* gar nicht geben kann. Gibt es ihn nun oder nicht? Aber unabhängig von diesem Widerspruch: Meinen Sie wirklich, der SED-Staat ließe sich auf die Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen festlegen? Formal gewiß. Ost-Berlin sehnt sich nach einem Sitz am East-river. Aber was hätten wir, was hätten unsere Landsleute drüben davon? Obwohl die Sowjetunion seit 25 Jahren auf die Menschenrechts-Charta der UNO festgelegt ist, hindert sie das nicht, die Menschenrechte zu ignorieren, zu provozieren, zu verletzen und sogar auszulöschen. Mitte November schlug der sowjetische Physiker Sacharow mit einigen seiner Kollegen die Gründung eines Komitees zum Schutze der Menschenrechte in der Sowjetunion vor. Welchen Anlaß hatte er, das zu tun? Sein Anlaß sind die physischen und geistigen Verbannungen der opponierenden Schriftsteller, die zur gleichen Zeit in den Straflagern saßen oder eintrafen oder auf ihren Prozeß warteten, als Willy Brandt und Walter Scheel in Moskau Kooperation anboten. Moskau war auch schon auf die Menschenrechts-Charta festgelegt, als es den Aufstand in Ungarn niederschlug und als es in die Tschechoslowakei einmarschierte. Und Sie glauben, daß sich Ost-Berlin auf die Menschenrechte festlegen ließe — und sie dann auch praktizierte, sonst hätte es ja keinen Sinn —, wenn wir ihm zum UNO-Entree verhelfen würden? Das ist mir unbegreiflich.

Sie sagen, wenn es bei der Konfrontation bliebe, an der Mauer mit Sicherheit weitergeschossen würde, anderenfalls aber vielleicht nicht. Herr Jaene, dort wird nicht geschossen, weil wir bisher die Kooperation versäumt haben, sondern weil die Menschen trotz der Mauer immer noch versuchen, wegzulaufen. Sie versuchen das nicht, weil es an Abkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin fehlt, sondern weil sie es dort, wo sie sind, schrecklich finden und weil sie meinen, daß es hier besser ist. So einfach ist das leider. Und ich wünschte, Sie und ich könnten uns wenigstens auf dieses kleine Einmaleins der Probleme einigen.

Schön wäre es, wenn alles so einfach wäre, wie Sie, Herr Walden, das sagen: Da ist die östliche Welt, ein System des Terrors, mit deren Repräsentanten zu sprechen ohne jeden Sinn ist, und da ist auf der anderen Seite unsere Welt, freiheitlich-demokratisch, die gefälligst in der Konfrontation mit dem Ostblock zu verharren hat, bis drüben eines Tages, von dem man nicht sagen kann, wann er kommt, ein völlig neues System herrscht, mit dem man dann den großen Ausgleich macht. Und für diesen Ausgleich sind Sie. Auf dieses Grundschema läßt sich doch reduzieren, was Sie in unserem Streitgespräch bisher gesagt haben, und von dieser Ihrer Einstellung ergibt sich natürlich, daß Sie alles ablehnen müssen, was jetzt schon, hier und heute, einen Modus vivendi zwischen Ost und West sucht.

Ihre Argumentation ist in sich vollkommen logisch. Sie ist nur im ganzen total unrealistisch. Was an Tatsachen nicht in Ihr Schema paßt, das leugnen Sie. Es ist zum Beispiel aktenkundig, daß Gromyko vom allerersten Augenblick an gewußt hat, daß der Bonn-Moskauer Vertrag nur in Kraft treten kann, wenn vorher eine befriedigende Berlin-Lösung gefunden ist. Sie, Herr Walden, sagen einfach, Sie bezweifelten das.

Ich empfehle Ihnen Gespräche mit Walter Scheel. Aber ich bin sicher, daß Sie nach den Gesprächen mit dem Verhandlungsführer, der Ihnen sagt, wie es wirklich ist, immer noch zweifeln werden, weil es einfach nicht in Ihr Schema paßt, nach dem die Bundesregierung nur Vorleistungen erbringt und dann, wie Sie sagten, auf die Honorierung ihrer Vorleistungen gläubig wartet.

Wenn ich Sie darauf verweise, daß unsere Verbündeten jetzt den Ausgleich suchen, und daß wir uns isolieren, wenn wir in der Konfrontation verharren, dann sagen Sie, das Motiv der Anpassung sei Ihnen für die forcierte Ostpolitik der Bundesregierung einfach zu schwach. Mein Argument, daß man mit seinen Verbündeten im Gleichschritt bleiben müsse, überzeugt Sie nicht. Ich bekenne, daß mir zu dieser Ihrer Antwort nichts mehr einfällt. Wie sollte die Bundesrepublik dann sicher leben, wenn sie sich von der Politik ihrer Verbündeten entfernt?

Und zu Ihrem kleinen Einmaleins der Mauerprobleme: Sie haben recht, wenn Sie sagen, an der Mauer werde geschossen, weil Leute von Ost nach West wollen. Sie haben unrecht, wenn Sie sagen, Abmachungen zwischen Bonn und Ost-Berlin könnten daran nichts ändern. Ziel der Abmachungen ist es ja doch, Zustände

zu schaffen, die eine Flucht vielleicht überflüssig machen, weil man normal reisen kann oder weil es drüben nicht mehr ganz so schrecklich ist. Das geht nicht von heute auf morgen, aber anfangen muß man doch einmal mit dem Versuch, Flucht motive und damit den Anlaß zur Flucht und zur Schießerei abzubauen.

Als Konrad Adenauer 1955 in Moskau war, da gab es ja ein paar Leute in seiner Delegation, die sagten, man dürfe keine diplomatischen Beziehungen mit Moskau aufnehmen, die deutschen Kriegsgefangenen müßten dann eben noch ein bißchen in der Sowjetunion bleiben. Adenauer hat die diplomatischen Beziehungen aufgenommen und die Kriegsgefangenen — Leute, von denen die Sowjets anfangs gesagt hatten, es gebe sie gar nicht, sondern es gebe nur Kriegsverbrecher — nach Hause geholt. Und nun erreicht Willy Brandt, daß die Deutschen aus Polen herauskommen können, indem er vertraglich feststellt, daß die Oder-Neiße-Linie die polnische Westgrenze bildet. Und mit Moskau macht man alles davon abhängig, daß vorher die Zukunft der Westberliner gesichert wird.

Wenn man Ihrem Konfrontations-Rezept folgt, Herr Walden, gehen sehr viele Menschen vor die Hunde oder bleiben doch dort, wo sie nicht leben wollen. Ich denke immer, und ich hoffe, daß Ihnen das nicht zu simpel klingt: Politik hat sich um die Menschen zu kümmern, die hier und heute leben. In der Konfrontation zu verharren und Rechtsstandpunkte hochzuhalten, um sie Leuten zu zeigen, von denen man weiß, daß sie sich darum überhaupt nicht kümmern — das, Herr Walden, ist eine inhumane Politik, falls es überhaupt Politik ist. Ich frage mich, weshalb Sie das nicht sehen können und warum Sie annehmen, daß eine Politik der Konfrontation auf nicht absehbare Zeit im Interesse der Deutschen liegt, die in West-Berlin leben, die in der DDR zu leben gezwungen sind und hinter der Oder und Neiße.

Sie halten am Ziel der friedlichen Revision von Grenzen fest, sagen Sie. Aber das tut die Bundesregierung doch auch, indem sie an ihrem Ziel festhält, die deutsche Einheit zu erreichen. Solange die Bundesrepublik besteht, sieht sie die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze an. Können Sie mir sagen, Herr Walden, welchen Sinn es hätte, wenn die Bundesregierung sich für eine friedliche Revision etwa zugunsten der DDR einsetzte, die das gar nicht will? Die Frage der friedlichen Revision kann sich doch erst nach Wiederherstellung der deutschen Einheit stellen. Und daß eine gesamtdeutsche Regierung an Verträge der Bundesrepublik nicht gebunden ist, hat das Kabinett eindeutig klargestellt.

Matthias Walden:

Ich will ganz kurz antworten, damit wir zu konkreteren Einzelheiten kommen:

Ich meine allerdings nicht, daß wir mit unseren Verbündeten immer im „Gleichschritt“ bleiben müßten, wie Sie sagen. Erstens ist mir das Bild zu militärisch und zweitens bestehen die Qualitäten eines demokratischen Bündnisses nicht in gegenseitiger Anpassung allein. Im übrigen ist es ja keineswegs so, daß alles, was in der Ostpolitik der Koalition geschah und geschieht, durch die Linie unserer Alliierten vorgezeichnet gewesen wäre.

Sie sagen, es sei Ziel der angestrebten Abmachungen mit Ost-Berlin, eine Flucht von Ost nach West durch normale Reisemöglichkeiten überflüssig zu machen oder durch den Versuch dazu beizutragen, daß es drüben nicht mehr ganz so schrecklich ist. Ihr an Gläubigkeit grenzender Optimismus macht es mir schwer zu antworten. Sobald normal, gereist werden könnte, würden die Leute zwar nicht mehr fliehen, aber es würden viele hier bleiben. Für den SED-Staat käme das auf eins heraus. Auch wenn es „drüben nicht mehr ganz so schrecklich“ sein sollte, bliebe es dabei, daß noch viele es vorziehen würden, in Westdeutschland statt in der noch immer sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zu leben. Eben weil es auch dann hier besser wäre. Solange das so ist, wird es keine Normalisierung geben. Die Normalisierung in Ihrem Sinne gäbe es nur dann, wenn beide Seiten gleichwertige Lebensbedingungen böten, und das wiederum scheint mir erst dann gegeben zu sein, wenn beide Seiten politische Freiheiten und ebenbürtige materielle Lebensbedingungen anbieten. Sie werden antworten, das sei eine unrealistische Erwartung. Damit haben Sie recht. Aber eben darum ist es ausgeschlossen, Abmachungen zu treffen, die das Prädikat der Normalisierung verdienen.

Sie fragen, ob ich es verantworten könnte, Deutsche, die in Polen leben, dort festhalten zu lassen, nur weil ich von der Fortdauer der Konfrontation ausgehe. Sie wissen, daß es in den sogenannten humanitären Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen keine volle Übereinstimmung zwischen Warschau und Bonn gab. Die Zahlen beider Seiten differieren erheblich. Polen hat geltend gemacht, daß Hunderttausende bereits ausreisen durften. Das war also noch vor dem Vertrag möglich. Polen sagt jetzt, daß es nur noch Zehntausende seien, die auszureisen wünschten und auch Aussicht darauf hätten. Ich frage mich — und frage Sie —, was wäre dieses Warschau

eigentlich für ein Partner, wenn es diese Menschen nur für das Lösegeld der Grenzankennung ausreisen ließe?

Im übrigen sind die Kompensationsobjekte, wenn man sie mal so nennen will, völlig ungleichwertig. Das kann man auch sagen, wenn man die Schicksale einzelner nicht gering wiegt. Sie selbst würden, wie ich weiß, die Ratifizierung des Moskauer Vertrages auch nicht gutheißen, wenn es dafür nicht mehr als Passierscheine für Westberliner zum Besuch Ost-Berlins gäbe. Also ist es nicht angemessen, mein Verantwortungsbewußtsein anzuzweifeln, wenn ich den deutsch-polnischen Vertrag trotz der sogenannten „Information“ Warschaws nicht für gut halte. Aber auch wer ihn für gut hält, könnte Schwierigkeiten haben, Walter Scheel zu verstehen, der, als alles unter Dach und Fach war, sagte, er sei „sehr glücklich“. Mit Glück hat das, was er da paraphierte, ganz gewiß nichts zu tun, selbst dann nicht, wenn man es für unvermeidbar halten sollte.

Ich möchte Sie nun gern fragen, welche ganz konkreten Ergebnisse der Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung Sie für möglich halten, wo Sie die Interessen-Übereinstimmung zwischen Moskau und Ost-Berlin auf der einen und der Bundesrepublik auf der anderen Seite sehen. Was wir gegeben haben, wissen wir. Ich wüßte nun endlich gern, was wir bekommen.

Hans Dieter Jaene:

Zunächst: Wir haben nichts gegeben. Ich will versuchen, Ihnen zu erklären, was bei der neuen Ostpolitik von Brandt und Scheel zu gewinnen ist, und ich will vorausschicken, was nicht zu gewinnen ist: Nicht zu gewinnen ist der von Hitler verlorene Krieg. Deshalb ist — leider — auch nicht zu gewinnen, was im Krieg aufs Spiel gesetzt und verloren wurde: die Ostprovinzen des Reiches und die staatliche Einheit der Nation. Das Neue an der Politik von Brandt und Scheel scheint mir nun zu sein, daß die Bundesrepublik nur noch für sich selbst spricht und handelt. Sie gibt also nicht vor, für die ganze deutsche Nation zu handeln, kann also auch nicht für die ganze deutsche Nation auf etwas verzichten. Sie könnte nur auf etwas verzichten, was sie, die Bundesrepublik, die 1949 entstand, tatsächlich hat: die Ostgebiete gehören nicht dazu. Die Bundesrepublik hat keinerlei Zuständigkeiten für Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen — so hat es Konrad Adenauer im Deutschlandvertrag unterschrieben. Diese Zuständigkeiten haben immer noch die Siegermächte.

Die Bundesrepublik erkennt sich jetzt sozusagen selbst an in den Grenzen, die sie hat, und mit der beschränkten Souveränität, über die sie verfügt. Es zeigt sich nun, daß mit dieser Politik den Interessen aller Deutschen, gleich wo sie leben, viel besser gedient wird als mit der früher praktizierten Politik des verbalen Alleinvertretungsanspruchs für alle Deutschen. Im Warschauer Vertrag hat also nicht die ganze deutsche Nation auf ihre Ostgebiete verzichtet, sondern die Bundesrepublik konstatiert, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens bildet. Wer es nicht glaubt, der sollte einmal hinfahren — das wird nun sicher bald für viele möglich werden. Im Moskauer Vertrag hat die Bundesregierung gesagt, sie betrachte heute und künftig auch die Grenze zur DDR als unverletzlich. Will das jemand bestreiten?

Sie fragten, Herr Walden, was wir als Ergebnis der Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung bekommen werden:

Erstens: Die politische Integration West-Europas. Frühere Bundesregierungen proklamierten als Ziel bundesrepublikanischer Politik die friedliche Liquidation der DDR und die friedliche Revision der Oder-Neiße-Linie. Können Sie mir sagen, Herr Walden, wie man daraus eine gemeinsame westeuropäische Außenpolitik in Richtung Osten entwickeln wollte? Sollten Frankreich, Italien, die Benelux-Länder und demnächst vielleicht noch andere Staaten das übernehmen? Es ist ganz gewiß kein Zufall, daß eine erste Einigung über eine gemeinsame Außenpolitik der EWG-Staaten erst nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zustande kam.

Zweitens: Die Politik von Brandt und Scheel hält uns im Einklang mit der Ostpolitik unserer wichtigsten Schutzmacht, der Vereinigten Staaten von Amerika, und nur das garantiert uns den militärischen Schutz, auf den wir angewiesen sind.

Drittens: Die östliche Propaganda von der ranchelüsternen Bundesrepublik, die eine wichtige Funktion in der Außen- und besonders der Innenpolitik kommunistischer Staaten hatte, und das besonders in der DDR, ist nun nach dem Moskauer Vertrag nicht mehr möglich. Man kann nur ahnen, was das an Umstellungen, Fragen und Problemen innerhalb kommunistischer Staaten mit sich bringt. Am Ende dieses Prozesses, der nun nach 20 Jahren Verkrustung langsam beginnt, wird vieles drüben anders sein.

Viertens: Nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages hat sich die Sowjetunion erstmals bereit erklärt, mit den drei West-

mächten über eine Viermächterege lung für Berlin und den Zugang zu West-Berlin ernsthaft zu verhandeln; denn sie weiß, daß ohne eine befriedigende Berlin-Regelung der Moskauer Vertrag nicht ratifiziert werden kann.

Fünftens: Die Maßnahmen unter dem Stichwort Familienzusammenführung werden nicht nur auf Deutsche in Polen beschränkt bleiben, sondern auch für den Bereich der DDR eingeleitet werden.

Ich wüßte überhaupt keine Alternative zu der Politik von Brandt und Scheel, wenn wir die politische Integration Westeuropas, die Sicherheit der Bundesrepublik und West-Berlins sowie die Zusammenführung von Deutschen nicht ernsthaft gefährden wollen.

Sie fragten, Herr Walden, weshalb denn Moskau und Ost-Berlin Interesse an solchen Regelungen hätten. Ob Ost-Berlin das hat, weiß ich nicht, aber Moskau hat es, und das genügt. Es will in diesen schwierigen Zeiten Ruhe an der Westgrenze seines Imperiums, und das läßt es sich etwas kosten: eine Berlin-Regelung, Familienzusammenführung, Abbau der Haßpropaganda, Zusammenarbeit mit Westeuropa über die Deutschen, um die Leistungen der Sowjetwissenschaft endlich in Massenproduktion umsetzen zu können, womit ich aus dem Bereich der Wirtschaft nur einen Kernpunkt nennen will.

Matthias Walden:

Ich bin in der glücklichen Lage, Herr Jaene, Ihnen widersprechen zu können, indem ich Willy Brandt zitiere. Er hat nämlich immer gesagt, wenn man von der Eigenstaatlichkeit der „DDR“ ausgehe, dann sei die Forderung nach einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik sinnlos, weil wir ja dann gar keine gemeinsame Grenze mit Polen hätten. Wenn Sie also jede Zuständigkeit der Bundesrepublik für ganz Deutschland bestreiten, dann plädieren Sie für die Anerkennung einer Grenze zwischen zwei kommunistischen Staaten. Das ist nicht logisch.

Ich meine allerdings, daß die Bundesrepublik sogar durch ihre Verfassung auf ganz Deutschland verpflichtet ist. Aber das sollten wir jetzt nicht ausführlicher behandeln. Bleiben wir bei den fünf Erfolgspunkten, die Sie der neuen Ostpolitik kreditieren:

Erstens: Sie meinen, es sei kein Zufall, daß eine erste Einigung über gemeinsame europäische Außenpolitik nach dem Moskauer Ver-

trag zustande gekommen sei. Zunächst: Es gibt noch keine Einigung über eine gemeinsame europäische Außenpolitik. Sie wird erst angestrebt. Außerdem ist der Gewaltverzicht nichts neues. Ihn gab es als Basis europäischer Übereinstimmung schon seit langem. Ich kann auch nicht erkennen, warum es die westeuropäische Integration behindern sollte, wenn die Bundesrepublik die Entscheidung über die Oder-Neiße-Linie aufgeschoben hätte, wie es die Siegermächte in Potsdam beschlossen hatten, und wenn sie die Teilung Deutschlands inklusive der Grenzen dieser Teilung weiter angefochten haben würde. Gerade darin waren wir uns ja bisher mit unseren Verbündeten — bis in die Vertragstexte hinein — einig.

Zweitens: Daß die Ostpolitik von Willy Brandt und Walter Scheel uns im Einklang mit Amerika hält und damit den militärischen Schutz der USA allein bewahrt, ist eine kühne Behauptung. Aber sie ist eben nur kühn. Denn der amerikanische Schutz war zu keiner Zeit weniger in Frage gestellt als zur Zeit Adenauers. Wer die Gewaltverichtsverträge ernst nimmt, muß ja doch eigentlich fragen, ob dann die Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland und in Europa überhaupt noch nötig ist. Wer diese Notwendigkeit bejaht, zieht den Wert der Ostverträge in Zweifel. Und gerade das wollen Sie doch gewiß nicht.

Drittens: Die östliche Propaganda von der Gefährlichkeit der revanchelüsternen Bundesrepublik ist selbstverständlich trotz der neuen Ostpolitik Bonns möglich. Das war bisher eine Lüge und es wird auch eine bleiben. Die SED hat es bereits vorgeführt, wie sie trotz Erfurt und Kassel, trotz Moskau und Warschau daran festhalten kann. Es sind ihr und den anderen einige Vorwände entzogen worden. Sie wird neue erfinden und sie hat es schon getan.

Viertens: Die Sowjetunion hat sich zum erstenmal seit zwanzig Jahren bereit erklärt, mit den Westmächten über eine Berlin-Regelung zu verhandeln, sagen Sie. Das ist nicht richtig. Chruschtschow hat das schon angeboten, als er sein Freistadt-Konzept feilhielt. Das Traurige an dem, was Sie für ein neuartiges Entgegenkommen halten, ist nun leider, daß Botschafter Abrassimow in der gleichen Richtung verhandelt. Alles, was da bisher geschah, läuft auf den Versuch Moskaus hinaus, den Status West-Berlins — vor allem, was seine Bindungen an den Bund betrifft — zu verschlechtern. Man muß schon ein Verhandlungsfetischist sein, um auch dann noch von einem Vorteil zu sprechen, wenn der Verhandlungspartner hart gegen die Interessen operiert, die man selber in diesen Verhandlungen hat.

Fünftens: Zur Familienzusammenführung. Polen sagt, es habe 400 000 Deutsche vor den Warschauer Vertragsverhandlungen ausreisen lassen und es seien überhaupt nur noch einige Zehntausend dort. Ost-Berlin hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß es den Moskauer Vertrag im humanitären Bereich honorieren wird. Das ist Ihre Hoffnung, Herr Jaene, aber keineswegs ein meßbarer Erfolg der Bonner Ostpolitik.

Nichts von dem, was Sie am Schluß aufzählten, ist bisher durch die neue Ostpolitik gewonnen worden: eine Berlin-Regelung, Abbau der Haßpropaganda und Familienzusammenführung. Nur in einem Punkte sind Sie der Wirklichkeit nahegekommen: Moskau wünscht wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Es möchte an der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik profitieren. Wären wir daran interessiert, der UdSSR von ihren immensen Rüstungslasten etwas abzunehmen und die ökonomischen Schwächen des Systems durch die Überlegenheit des unsrigen zu kompensieren, dann sollten wir da zugreifen — oder richtiger gesagt: dann sollten wir die Sowjetunion zugreifen lassen. Da aber alles an der Berlin-Frage zu hängen scheint, möchte ich Sie, Herr Jaene, gern fragen: Wäre denn für Sie eine Berlin-Regelung akzeptabel, bei der Ost-Berlin die souveräne Kompetenz für die Kontrolle des zivilen Verkehrs auf den Verbindungswegen bekäme, West-Berlin zur selbständigen politischen Einheit erklärt würde und die Bundesrepublik jede politische Bindung an West-Berlin zu lösen hätte? Denn das ist es ja, was uns vom Osten offeriert wird.

Hans Dieter Jaene:

Natürlich ist das, was Sie da als Elemente einer Berlin-Regelung aufzählen, keinesfalls akzeptabel.

Zu einer akzeptablen Berlin-Regelung gehört erstens, daß in einer Viermächte-Vereinbarung die Anwesenheit der Westmächte in ihren Berliner Sektoren von der Sowjetunion akzeptiert und die Rechtsgrundlage dieser Anwesenheit nicht mehr in Zweifel gezogen wird.

Zweitens gehört zu einer Berlin-Regelung, daß die vier Mächte eine Ordnung für den Zugang nach West-Berlin festlegen, die keine Schikanen mehr zuläßt, sondern die sich beim Personenverkehr auf Identitätskontrolle beschränkt und die beim Warenverkehr von verplombten Fahrzeugen ausgeht — dieses, wie gesagt, als Viermächte-Abmachung. Über technische Ein-

zelheiten könnten dann die Deutschen sprechen. Aber was sie abmachen, muß von den vier Mächten garantiert werden.

Zu einer akzeptablen Berlin-Regelung gehört drittens, daß die Sowjetunion aufhört, den Westmächten vorschreiben zu wollen, welche Aktivitäten der Bundesrepublik sie in ihren Berliner Sektoren zulassen dürfen. Umgekehrt wird man der Sowjetunion dann zugestehen müssen, daß sie auch diejenigen DDR-Aktivitäten in ihrem Berliner Sektor zulassen kann, die sie für richtig hält. Trotzdem bleibt Berlin eine Stadt unter Viermächte-Verantwortung, allerdings mit weitgehenden Rechten der vier Mächte in ihren Sektoren.

Viertens gehört zu einer Berlin-Regelung, daß die Einwohner West-Berlins beim Besuch Ost-Berlins und der DDR nicht anders behandelt werden dürfen als etwa die Westdeutschen. Wenn eine solche Viermächte-Regelung zustande kommt, und Sie wissen, Herr Walden, daß davon die Ratifikation des Moskauer und des Warschauer Vertrages abhängt, dann könnte ich mir freilich vorstellen, daß die Westmächte den Katalog der Bundesaktivitäten, die sie in West-Berlin zuzulassen wünschen, neu überdenken werden. Das werden wir abzuwarten haben. Es ist Sache der drei Westmächte, und wir Deutschen werden uns dann danach zu richten haben. Ich halte es für wenig sinnvoll, daß wir Deutschen unseren Verbündeten in diesem Punkt öffentlich Änderungsvorschläge machen.

Nun doch noch ein paar Anmerkungen zu Ihrer Kritik, Herr Walden, an dem, was ich als Gewinn der Ostpolitik von Brandt und Scheel bezeichnete, und zwar als Gewinn für alle Deutschen, wo immer sie leben. Wegen des Polen-Vertrages wiederholten Sie den alten Irrtum, daß eine Erklärung über die Integrität des territorialen Status eines Landes logischerweise nur von den Anrainern dieses Staates erwartet werden könnte, und Sie meinten, da die Bundesrepublik nicht an Polen grenze, brauche sie auch die polnische Westgrenze nicht in einem Vertrag zu behandeln. Das ist falsch, und ich will versuchen, Ihnen das an einem erdachten Beispiel zu erläutern:

Könnten Sie sich vorstellen, Herr Walden, daß sich freundschaftliche Beziehungen zwischen Italien und der Bundesrepublik entwickeln würden, wenn die Bundesrepublik als politisches Ziel die Wiedervereinigung Südtirols mit Österreich proklamierte und Südtirol amtlich als zur Zeit unter italienischer Verwaltung bezeichnete? Wenn man das, was davon vergleichbar ist, mit dem westdeutsch-polnischen Verhältnis vergleicht, werden Sie sehen, daß

eine Respektierung der Grenzen Voraussetzung dafür ist, daß zwei Staaten ihre Beziehungen normalisieren, soweit das zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen möglich ist, selbst wenn die Staaten nicht aneinander grenzen. Es wäre noch viel zu Ihren Behauptungen zu sagen, aber nur noch eins: Sie meinten, wer Gewaltvertragsverträge ernst nimmt, müßte sich fragen, ob die amerikanischen Truppen bei uns denn noch nötig seien, und wer die Notwendigkeit bejahe, ziehe den Wert der Ost-Verträge in Zweifel. Sollten Sie wirklich nicht wissen, Herr Walden, daß völkerrechtliche Verträge von vorhandenen Kräfteverhältnissen ausgehen und die jetzt vorgesehenen Ost-Verträge so nicht möglich wären, wenn es die amerikanische Präsenz nicht gäbe?

Matthias Walden:

Herr Jaene, das weiß ich natürlich. Ich weiß sogar noch etwas mehr: daß unsere Sicherheit auf der Existenz der NATO und auf der Präsenz der amerikanischen Truppen beruht — und nicht auf dem Papier des Moskauer Vertrages. Ich weiß auch, daß es im Westen bei manchem Politiker ein Liebäugeln mit der sogenannten „Auflösung der Blöcke“ gibt — und ich bin sicher, daß diese recht gefährlichen Neigungen durch die Ost-Verträge der Bundesregierung genährt werden dürften.

Der Vergleich mit Südtirol hinkt nicht nur, er hat ein Holzbein. Denn erstens wurde uns dort nie ein Rechtsvorbehalt eingeräumt und zweitens verlangt ja eben Italien von der Bundesrepublik keinen Vertrag, der die Grenze, die Tirol umschließt, anerkennt.

Herr Jaene, Sie haben das letzte Wort in diesem Streitgespräch, ich habe das vorletzte. Lassen Sie mich versuchen, meinen Standpunkt so kurz wie möglich zu resumieren:

Der Versuch, mit dem politischen Osten zu begrenzten, praktischen Übereinkünften zu kommen, war nötig und wurde allzu lange versäumt. Er ist bereits vor der Bildung der Großen Koalition begonnen, in der Großen Koalition fortgesetzt und von der gegenwärtigen Bundesregierung euphorisch vorangetrieben worden. Zu weit vorangetrieben worden, sage ich, denn es wurden die Hauptforderungen Moskaus, Ost-Berlins und Warschaus erfüllt oder ihre Erfüllung in Aussicht gestellt. Was wir bekamen, waren vage Andeutungen über ein undefiniertes eventuelles Entgegenkommen. Es wurde Wandel durch Annäherung angestrebt. Neulich stand im Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“: „Für Wandel kann

man auch Aufweichung oder Sozialdemokratis-
mus sagen.“ Wer sich in der kommunistischen
Terminologie auskennt, dem sagt das genug.

Ende 1970 sind wir an einem Punkt angelangt,
der das Gelingen der Ostpolitik der Bundes-
regierung an eine Berlin-Regelung bindet, die
eine Revision der elementaren Grundsätze der
östlichen Berlin-Haltung bringen müßte, wenn
sie gelingen sollte. Eine solche Erwartung halte
ich für unrealistisch. Als rote Ziffer — rot im
doppelten Sinne des Wortes — steht für mich
unter dieser Zwischenbilanz, daß Meinungen,
Überzeugungen und Gesinnungen im deut-
schen Volk zerrissen wurden, die vor dieser
Ostpolitik noch die große Mehrheit der Be-
völkerung verbanden.

Wir erleben in der inneren Auseinanderset-
zung um diese Politik böse gegenseitige Kli-
schierungen, Verdächtigungen, Denunziation-
en, Mißtrauen und Gegnerschaften, die zu
Feindseligkeiten entarten. Für den politischen
Osten bedeutet das eine willkommene Verzin-
sung des politischen Kapitals, das er bereits
vereinnahmen konnte. Für uns bedeutet es
Verarmung und Schwächung.

Ich halte es für eine trügerische Hoffnung, daß
die Bundesregierung mit einer hauchdünnen
parlamentarischen Mehrheit, mit einer zerklüf-
teten Volksmeinung und mit einem zynischen,
unaufrichtigen Gegner im Osten, den sie wirk-
lichkeitsfremd bereits für ihren Partner hält, zu
etwas kommen sollte, was man mit Flug und
Recht Erfolg nennen könnte.

Ich triumphiere darüber nicht, sondern ich be-
klage es. Denn daß wir alle in einem Boot sit-
zen, sollte uns spätestens, seitdem es leck ge-
schlagen ist, klargeworden sein.

Hans Dieter Jaene:

Ich möchte zum Schluß ein Kanzlerwort zitie-
ren: „Wir können und dürfen nicht davon aus-
gehen, daß nun bei den anderen plötzlich ein
völliger Stimmungsumschwung gegenüber
Deutschland eingetreten ist, daß vielmehr das
Vertrauen nur langsam, Stück für Stück, wie-

dergewonnen werden kann.“ Und weiter:
„Kann man, wenn man eine solche Vergangen-
heit hat wie wir und wenn die anderen Völker
noch von tiefem Mißtrauen gegenüber dem
deutschen Volk erfüllt sind, verlangen, daß die
anderen einen Beweis für ihre europäische
Gesinnung liefern müssen, und erklären: ‚Erst
dann werden wir ratifizieren?‘ Man wird sich
draußen sagen: Ist das nicht wieder diese deut-
sche Eigentümlichkeit, die immer nur bei den
anderen die Schuld sucht, die nur für sich ver-
langt, aber nicht bereit ist, zu geben? Man muß
auch einmal vergessen und einen anderen Weg
einschlagen können.“ Hier enden die Zitate, sie
stammen von Bundeskanzler Konrad Ade-
nauer, und er sagte dies, als er gegen eine er-
bitterte Opposition für die Ratifizierung der
Westverträge kämpfte. Man warf dem Kanzler
damals vor, er erbringe Vorleistungen, er
blockiere die Wiedervereinigung, und sein
Tun sei verfassungswidrig. Adenauer sei „der
Kanzler der Alliierten“, sagte der damalige
Oppositionsführer, und wenn die Oppositions-
führer von heute sagen, Brandt beuge sich den
Kremlwünschen, dann klingt das ja ganz ähn-
lich.

Auch damals, als das Fundament zur Aussöh-
nung mit den westlichen Kriegsgegnern gelegt
wurde, war die Volksmeinung dazu so zer-
klüftet wie heute, da nun das Fundament zur
Aussöhnung mit den östlichen Kriegsgegnern
gelegt wird. Mit dem Westen hat es viele
Jahre gedauert, bis das Ziel, die Aussöhnung,
erreicht war. Mit dem Osten wird es noch viel
länger dauern, nicht nur, weil wir jetzt erst
anfangen, sondern unter anderem auch des-
wegen, weil die Barriere unterschiedlicher Ge-
sellschaftssysteme dazwischensteht. Die Ge-
schichte hat dem Bundeskanzler Adenauer ge-
gen seine innenpolitischen Gegner von damals
recht gegeben, und sie wird auch dem Bundes-
kanzler Brandt rechtgeben. Wir müssen den
Anfang jetzt machen, wenn wir eines Tages
wirklichen Frieden haben wollen. Denn wirk-
licher Frieden zwischen Ost und West muß
sein, sonst wird niemals aus dem Dunkel der
Zukunft auftauchen können, was wir erhoffen:
Daß die Deutschen in freier Selbstbestimmung
ihre Einheit wiedererlangen.